

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 250.

Bielefeld, Dienstag, 26. Oktober 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Parteienossen!

Der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission beruft den 3. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie auf

Montag, den 3. Januar 1910,

- ein.
- Die vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.
Berichterstatler: Eugen Ernst.
 2. Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.
Berichterstatler: Hugo Heilmann.
 3. Die Wahlrechtsfrage in Preußen.
Berichterstatler: Heinrich Ströbel.
 4. Die Verwaltung Preußens.
Berichterstatler: Karl Liebknecht.
 5. Das Kommunalprogramm für Preußen.
Berichterstatler: Paul Hirsch.
 6. Sonstige Anträge.

Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Der Bericht der Fraktion wird vorher veröffentlicht.
Parteienossen! Nehmt möglichst bald Stellung zum preussischen Parteitag durch Wahl von Delegierten und Aussprache über die bevorstehenden Verhandlungen.
Die Anträge müssen bis spätestens

6. Dezember 1909

an die Adresse:
Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, gelangt sein, wenn sie entsprechend § 7 des preussischen Organisationsstatuts rechtzeitig veröffentlicht werden sollen.

Anträge einzelner Parteienossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt. Die Parteienossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Annahme der Delegierten, Verlangen um Logis ist an die Adresse:

Reinhold Piepmann, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Berlin, den 26. Oktober 1909.

Mit Parteigruss

Der Parteivorstand.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Zum preussischen Parteitag.

Nachstehend veröffentlicht die von der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg gewählte Kommission, die von dem ihr eingeräumten Recht der Kooperationsgebrauch gemacht und zu ihren Beratungen Genossen aus allen Teilen Preußens hinzugezogen hat, den Entwurf eines Kommunalprogramms.

Wir unterbreiten den einstimmig angenommenen Entwurf der öffentlichen Kritik mit der Bitte, die Parteiblätter, die dazu Stellung nehmen, in je zwei Exemplaren an die Adresse Eugen Ernst, Berlin SW., Lindenstr. 69, einzusenden.

Entwurf eines Kommunalprogramms für die Sozialdemokratie Preußens.

In Übereinstimmung mit der von dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Bremen 1904 beschlossenen Resolution stehen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Preußens auf dem Standpunkt, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit freigelegt werden kann, welche die Wohlfahrt aller gleichmäßig fördert.

Zur Erreichung dieses Zieles sind auf dem Gebiete der Gesetzgebung durchgreifende Änderungen erforderlich, die den Gemeinden eine erhebliche Tätigkeit zum Wohle der Gesamtheit ermöglichen. Aber auch unter den heutigen Gegebenheiten ist der Wirkungsbereich der Gemeindepolitik mehr und mehr im Sinne kommunaler Sozialpolitik in der Richtung des Sozialismus auszugestalten.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Preußens fordern daher:

A. Von der Gesetzgebung.

I. (Verfassung.) Unter Aufhebung aller zurzeit in Preußen geltenden Stadt- und Landgemeindeordnungen für den gesamten Umfang des Staates eine einheitliche Gemeindeordnung auf folgender Grundlage:

- a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime, von dem Bezug öffentlicher Unternehmungen unabhängige Wahlen nach dem System der Verhältniswahl; Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts; Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes; Einkammersystem; Gewährung von Diktanden an die Gemeindevertreter; Straßlosigkeit für Versammlungen in Ausübung ihres Amtes.
- b) Befreiung des staatlichen Aufsichtrechts auf das Recht der Verwaltung ungeschlichteter Verwaltungssachen der Gemeinden, Prüfung ihrer Geschäftstätigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden sowie des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden gegenüber Organen, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung bestellt sind.

II. (Polizei.) Übertragung der Ordispolizei auf die Gemeinden.

III. (Finanzwesen.) Deckung der Gemeindebedürfnisse durch progressiv gestaffelte Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer; Erhebung von kommunalen Zuschlägen zur Ergänzungssteuer; Verbot der Erhebung von indirekten Steuern durch die Gemeinden; Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen, Lehrer und Offiziere.

IV. (Volksschulwesen.)

- a) Weltlichkeit der Schulen, sachmännliche Schulaufsicht.
- b) Einführung der obligatorisch zu besuchenden konfessionslosen Einheitschule mit gemeinsamem Unterbau und einem nach den verschiedenen Bildungszielen gegliederten Oberbau.
- c) Regelung der Schulpflicht.
- d) Übernahme sämtlicher Schullasten auf den Staat.
- e) Übertragung der gleich zu regelnden Verwaltung auf die Gemeinde.

V. (Gesundheitspflege.) Erlass eines Gesetzes über die öffentliche Gesundheitspflege auf Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung.

B. Von den Gemeinden.

I. (Wahlrecht.) Voranahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage, Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes, Ermäßigung des Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß.

II. (Finanzwesen.) Deckung der Ausgaben der Gemeinde durch staatliche Zuschläge zur Einkommensteuer, durch Einführung einer Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden, durch Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen Wert unter Härter Berücksichtigung des baureifen unbebauten Grund und Bodens, durch Umfahrungen beim Verkauf von Grundstücken, durch mäßige Ueberbisse der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden.

III. (Bildungswesen.)

- a) Solange die Einheitschule nicht erreicht ist, Fortschreiten des Ausbaus der Volksschule und besondere Berücksichtigung der weniger Befähigten und Begabten. Ausgestaltung aller Schulstufen, die den Ausbau der Volksschule hemmen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Bau und Unterhaltung der Schulhäuser (Turnhallen, Spielplätze, Schulbäder, Schulgärten usw.) sowie Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundfächern der Schulhygiene und Pädagogik. Pflege des Körpers in der Schule durch allgemeine Einführung von Turn- und Schwimmunterricht.
- b) Überwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte (auch Spezialärzte) und Bereitstellung ärztlicher Hilfe für die krank befundenen Schulkinder auf Kosten der Gemeinde. Einrichtung und Unterhaltung von Ferienkolonien. Speisung bedürftiger Schulkinder. Einrichtung von Schularbeitsstätten und Schulküchen.
- c) Schaffung von Kindergärten für noch nicht schulpflichtige Kinder und von Kinderkrippen für Schulkinder, der der häuslichen Bewachung entbehren; Beratung der Schüler bei der Berufswahl.
- d) Festsetzung der höheren Schulen für die befähigten Kinder der unbemittelten Klassen durch die Bereitstellung von Freiplätzen, Gewährung freier Lernmittel und Unterhaltsgelder.
- e) Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Lesesälen sowie von Anstalten für Volksunterhaltung und Belehrung.
- f) Obligatorischer Fortbildungsschulunterricht für Lehrlinge und jugendliche Angestellte sowie ungelernete Arbeiter beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahre. Erteilung des Fortbildungsschulunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. Erweiterung des Fachunterrichts. Hauswirtschaftlichen Unterricht für Mädchen.

IV. (Wohnungsfrage.)

- a) Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz durch die Gemeinden.
- b) Aufschließung des Grundeigentums durch Straßen, Plätze und Verkehrsanlagen.
- c) Beobachtung der volkshygienischen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Momente bei Aufstellung des Bebauungsplanes mit dem Ziel, in den Wohnquartieren eine größere Weiträumigkeit der Bebauung zu sichern, die Mietkatalogen zu beseitigen und den Kleinwohnungsbaun zu fördern.
- d) Abtätigung der Baumaße unter Berücksichtigung der volkshygienischen und sozialpolitischen Momente, insbesondere in den Wohnquartieren; daher eine größere Beschränkung der Bauhöhe, der Zahl der Stockwerke und des Ueberbauungsgrades der Grundstücke. Festsetzung einer Minimalgröße für Wohn- und Schlafräume.
- e) Erhaltung des Gemeindebesitzes. Verwendung von Gemeindegeldern zur Errichtung von Wohnhäusern mit Wohnungen, die allen Anforderungen der Volkswohlfahrt entsprechen und der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, zu Mietpreisen zur Verfügung zu stellen sind, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Anschlag gebracht werden. Eventuell Vergebung des Grund und Bodens der Gemeinde im Erbbaurecht.
- f) Aufnahme einer Wohnungsstatistik in regelmäßigen Zwischenräumen.
- g) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern.
- h) Anstellung von kommunalen Wohnungsinpektoren.

V. (Gesundheitspflege.)

- a) Zur Erhaltung der Gesundheit:
1. Übernahme des Reinigungsweises (Kanalisation, Müllabfuhr, Straßenreinigung, öffentliche Bedürfnisanstalten) in die Regie der Gemeinde.
2. Hygienisch einwandfreie Trinkwasserversorgung und Entwässerung.
3. Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs durch Schaffung von Einrichtungen zur Untersuchung von Nahrungsmitteln (Mischkontrolle, Fleischschau, Nahrungsmitteluntersuchungsämter), durch Einrichtung und Betrieb von Märkten und Markthallen, von Vieh- und Schlachthöfen, durch Übernahme der Produktion und des Verkehrs von Nahrungsmitteln (Milchverjorgung, Bäckereien, Schlachtereien, Speisehäuser) auf die Gemeinden.
4. Schaffung von Gesundheitsämtern.
5. Errichtung öffentlicher Bäder, Spielplätze, Turnhallen, öffentlicher Anlagen, Parks und dergleichen.
- h) Zur Bekämpfung der Krankheiten:
1. Bau und Betrieb von Krankenhäusern zur unentgeltlichen Benutzung aller Angehörigen der Gemeinde, insbesondere Bau und Betrieb von Irrenanstalten, Lungenfürsorgeanstalten, Heilanstalten für Lungentranke, Heilanstalten für Gesehnde, Wald- und See-Erholungsstätten für Kinder und Er-

wachsene, Übernahme des Krankentransports und des Rettungswesens.

2. Einrichtungen zum Schutze der Frauen während der Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Heimstätten für Schwangere, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenheime.
3. Unentgeltliche Geburtshilfe und Bereitstellung von Hauspflege durch die Gemeinden.
4. Errichtung von Säuglingsheimen, Säuglingsfürsorgestellen, Gewährung von Unterstützungen an hilfsbedürftige Schwangere und Wöchnerinnen, insbesondere auch zur Förderung des Selbsttötens.
5. Unentgeltlichkeit der Desinfektion.
6. Übernahme der Apotheken in den Gemeindebetrieb.

c) Bestattungsweisen:

Übernahme des gesamten Bestattungswesens in Gemeindebetrieb. Obligatorische Einrichtung und Benutzung von Leichenhäusern. Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens. Errichtung von Krematorien.

VI. (Wirtschaftspflege.)

Alle für die Gemeinden notwendigen Betriebe, insbesondere Beleuchtungs-, Verkehrs-, Wärme- und Kraftzeugungsanstalten, Hafenanlagen, Lagerhäuser, Publikationsanstalten, sind der Privatausbeutung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinden zu errichten und zu betreiben.

VII. (Regiebetrieb.)

Errichtung von Gemeindebetriebsämtern und Ausführung der Gemeindearbeiten möglichst durch diese Ämter in einer Regie.

VIII. (Submissionswesen.)

Vergebung der Gemeindearbeiten und Lieferungen nur unter vertragsmäßiger Verpflichtung der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen festzusetzen und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu wahren. Strikte Ablehnung der von den Unternehmern verlangten Aufnahme einer Streik Klausel in die Verträge oder Lieferungsverträge.

Verbot der Übertragung von Arbeiten oder Lieferungen für die Gemeinde an Mitglieder der Gemeindeverwaltung sowie Verbot der Beteiligung von Gemeindevertretern an gewerblichen Unternehmungen, die in einem Vertrags- oder Lieferungsverhältnis zur Gemeinde stehen.

IX. (Sozialpolitik.)

- a) Allgemeine Sozialpolitik.
1. Ausbau des den Gemeinden zur ordnungsmäßigen Regelung übertragenen Arbeiterbüros.
2. Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Sozialpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auslastungsberichterstattung und der Überwachung der sozialpolitischen Bedarfe der Gemeindeverwaltung.
3. Fürsorge für Notstandsarbeiten durch zweckmäßige Verteilung der Gemeindearbeiten auf die Arbeitslosen und durch Verteilung geeigneter Gemeindearbeiten für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Einrichtung von Arbeitslosenunterstützungsstellen zur Förderung und Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge.
- b) Spezielle Sozialpolitik.

Bemessung der Löhne für die im Gemeindeauftrag beschäftigten Arbeiter und Beamten nach gewerkschaftlichen Sätzen. Bildung von Lohnklassen und Lohnsätzen nach der Dienstdauer, Einführung einer Arbeitszeit von nicht länger als acht Stunden täglich. Einziehung von Arbeiter- und Beamtenauschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Bildung dieser Ausschüsse auf Grund allgemeiner, direkter und geheimer Wahlen. Aufstellung von Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung dieser Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Gewährung eines Ferienurlaubs an die Gemeindearbeiter unter Fortbezug des Lohnes. Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld in Krankheitsfällen. Verzeigerung des Lohnes bei militärischen Übungen. Versicherung sämtlicher von der Gemeinde beschäftigten Arbeiter gegen Krankheit, Invalidität, Unfall und Alter unter Gewährung von Pensionen, Witwen- und Waisenunterstützungsstellen mit Rechtsanspruch für sämtliche Gemeindearbeiter. Gewährung voller Koalitionsfreiheit an die Beamten und Arbeiter der Gemeinde. Gewährung von Unfallrenten an alle Verletzten oder deren Hinterbliebenen, die im kommunalen Dienst oder in Anstalten oder bei Veranstaltungen zu religiösen, wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und Lebensverbesserung berufen sind.

X. (Armen- und Waisenspflege.)

Weltlichkeit der Armen- und Waisenspflege, weitestgehende Veranlassung ehrenamtlicher Elemente, insbesondere der Frauen; Gewährung ausreichender Unterstützungsätze; Individualisierung der offenen Armenpflege; Errichtung von Waisenhäusern sowie von Verjüngungsanstalten für die körperlich hilfsbedürftigen Armen. Errichtung von Obdachlosenheimen und Waisenhäusern ohne polizeiliche Kontrolle. Waisen-, Kostkinder- und Fürsorgeheime nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen, insbesondere ärztliche Überwachung der Kostkinder durch besondere Ärzte und besoldete Pflegerinnen mit entsprechender Vorbildung. Anstellung von Spezialärzten im Armendienst. Einführung der Generalvormundschaft.

XI. (Zweckverbände.)

Schaffung von Zweckverbänden zur Durchführung gemeinnütziger Unternehmungen, für welche die Mittel der einzelnen Gemeinden nicht ausreichen.

Politische Uebersicht.

Zum Wahlausfall in Sachsen.

Die Konservativen, die bei den Landtagswahlen am schwersten getroffen wurden, sehen ein, daß ihre Niederlage vollständig besiegelt ist, und so bleibt ihnen nur noch der Trost übrig. In den „Dresdener Nachrichten“ tröstet man sich über den Sieg der Sozialdemokratie mit der resignierten Konstatierung, daß die Sozialdemokratie unter dem neuen Wahlgesetz starke Erfolge erringen mußte, und daß die rechtsstehenden Parteien, insbesondere die Konservativen, unter dem neuen Wahlrecht den Verlust von Stimmen zu erwarten hätten; für sie könne nur die

Höhe der Zahl der verloren gegangenen Mandate unwillkommene Überraschungen bringen. Getreuer Schmerz ist halber Schmerz, weiß das Blatt darauf hin, daß ja die Nationalliberalen im ersten Wahlgang nur vier Mandate endgültig erhalten hätten und lediglich auf die Erfolge der 30 Stichwahlen angewiesen seien, in denen sie aber zum größten Teil mit den Sozialdemokraten um den Sieg ringen. Die Wirkung der neuen Wahlgesetze seien von den Nationalliberalen offenbar nicht richtig eingeschätzt worden. Man hätte sich dort mit der Hoffnung getragen, in erster Linie auf Kosten der Konservativen mit dem neuen Wahlgesetz der liberalen Sache zahlreiche neue Mandate zu sichern, und müßte es nun mit ansehen, daß die Hauptfolge die Sozialdemokratie davonträgt. Zum Schluß drückt das Organ der konservativen Nebenregierung die Hoffnung aus, daß die Ordnungsparteien bei den Stichwahlen unentwegt treulich für einander einstehen.

Die „Kreuzzeitung“ hält die Tatsache, daß unsere Partei an nicht weniger als 53 Stichwahlen beteiligt ist, für ein sehr bedenkliches Symptom. „Diese Erscheinung“, so schreibt das Blatt, „bedeutet noch viel mehr, als die 16 bereits erworbenen Mandate den großen Erfolg der Sozialdemokratie, auch wenn es der Umstürzpartei nicht mehr gelingen sollte, gegen einen so erbitterten geistlichen Widerstand der alleinig in die Defensive gezwungenen bürgerlichen Parteien noch eine größere Anzahl von Mandaten zu erobern.“

Gleich ihrer Schwester in Dresden findet auch das führende Organ der preussischen Konservativen einen Leidensgenossen und zwar in den Mittelständlern. Es sagt:

„Die herbe Enttäuschung dürfte auf der Seite der Rechten der städtischen Mittelstandsvereine aus den Wahlen erwachsen sein. Die Mittelstandsvereine waren die begeisterten Anhänger der städtischen Wahlrechtsreform. Von ihr erwartete man, daß sie dem städtischen Mittelstand in den Großstädten eigene mittelständlerische Vertreter liefern sollte. Wie anders ist nun der Ausgang? Aus den großstädtischen Wahlkreisen sind die Konservativen, die sich bisher die Vertretung des Mittelstandes mit Ernst und Erfolg haben angeeignet, vollständig hinausgedrängt. Die Mittelständler haben zwar vielerorts wie in Leipzig statische Widerstände erregt, aber in die Stichwahl ist keiner ihrer Kandidaten gekommen.“

Bei der Gelegenheit kann es sich das Unterblatt nicht verhehlen, auch der Regierung eins auszuwichen, indem es diese für den Anfall der Wahlen verantwortlich macht.

Man hat ja dies Ergebnis schon lange vorausgesehen. Man hat auch die Herren Minister auf die Folgen hingewiesen, die das fühlte Schweigen zu verlogenem Hebe auf die Reichsfinanzreform nach sich ziehen müßte. Sie ließen die Hebe aber trotzdem ruhig gewähren, obwohl der Reichsminister seinerzeit im ersten Moment im Reichstage namens der verbündeten Regierungen feierlich die zukunfts kommende Steuerreform einen „dem Reiche geleisteten guten Dienst“ genannt hat. Die Regierung tat, wie wenn die Verleugung der neuen Gehehe sie selbst gar nichts angehe — und nun haben diejenigen Parteien, die in patriotischer Opferwilligkeit das Dium von 500 Millionen neuer Steuern auf sich genommen haben — den „Dank“ des Vaterlandes.“

Der konservativ-„Reichsbote“ richtet aus Anlaß des so überaus gekommenen Wahlausfalles eine ernste Mahnung an die Konservativen. Er schreibt:

„Diese Landtagswahlen beweisen, wie recht Fürst Bismarck hatte, als er den Reichstag nicht auflöste. Er hat damit die konservative Partei vorläufig noch vor einem schmachvollen Untergang gerettet. Da hilft kein Weichhaken, das ist die nackte Tatsache, und deshalb waren auch die jüngsten Angriffe gegen den vierten Kammer frecht wenig am Platze. ... Zur Opferwilligkeit wollte Friedrich der Große den Adel erziehen wissen, und doch hat dieser bei der Finanzreform den bösen Schein auf sich geladen, als sei ihm diese Opferwilligkeit neuerdings abhanden gekommen. Mit diesem bösen Schein hat er die allgemeine Erbitterung hervorgerufen, die jetzt bei den Wahlen so herben Ausdruck gefunden hat. Möge nun eine gewisse moralische Opferwilligkeit der erste Schritt sein zu einer durchgreifenden Neugestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse.“

Ob die Konservativen das tun werden, was ihnen der „Reichsbote“ anheißt, aus in erster Überzeugung heraus empfiehlt, glauben wir nach alledem, was uns von der Junkerliche bekannt ist, sehr bezweifeln zu müssen.

Der „Dresdener Anzeiger“, das nationalliberale Ratsblatt, tröstet sich über den Ausgang der Wahlen damit, daß die schlimmsten Befürchtungen sich nicht verwirklicht hätten. (Was müssen die Rechten für eine Angst ausgestanden haben! Die Red.) Von einer Überlieferung der 2. Kammer durch die Sozialdemokratie könne nicht die Rede sein. Bedauerlich sei, daß mancher tüchtige Mann, den man gerne wiedergesehen hätte, schon im ersten Wahlgang unterlag. ... Das Blatt konstatiert dann mit jähsaur Miene den „Rück nach links“ und sieht auf ein Zusammengehen der rechtsstehenden Parteien, der Konservativen und Nationalliberalen gegenüber der Sozialdemokratie, „dem Feinde der gesamten bürgerlichen Gesellschaft“ bei den Stichwahlen.

Die Landtagswahlen in Baden.

Die Wahlabkommen.

Karlsruhe, 25. Okt. In einer gemeinsamen Sitzung der nationalliberalen, freisinnigen und demokratischen Partei wurde heute vormittag ein Einverständnis über das Zusammengehen in einzelnen Wahlkreisen bei den bevorstehenden Stichwahlen erzielt. Vorbedingung dabei war, daß ein Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie zustande käme. In der heutigen Nachmittagssitzung, zu der auch die Sozialdemokratische Vertreter erschienen, wurde mit dieser über ein Stichwahlabkommen ein Einverständnis herbeigeführt.

Das Stichwahlabkommen ist auf folgender Grundlage zustande gekommen: Die Blockparteien stimmen für die Sozialdemokraten in den Kreisen: Schoppeim-Schörrau, Freiburg II, Durlach-Land, Bruchsal-Land, Heidelberg-Land, Schweighausen. Die Sozialdemokratie stimmt für die Nationalliberalen in den Kreisen: Wehrhahn-Stadt, Engen-Konstanz, Donaueschingen, Säckingen, Freiburg I, Freiburg III, Emmendingen, Baden-Stadt, Bretten-Bruchsal, Ettlingen, Mörsbach, Borsberg-Weisheim.

Die Sozialdemokratie stimmt für die Demokraten in den Kreisen: Konstanz, Triberg-Wolfach, Laub-Land, Offenburg, Rastatt, Bruchsal-Stadt.

Ausgangspunkt wird der Kampf zwischen den Blockparteien und der Sozialdemokratie in den Kreisen: Vörsach-Stadt, Vörsach-Land, Laub-Land, Karlsruhe II, Karlsruhe III, Wörzheim I, Rannheim IV, Heidelberg I, Heidelberg II, Heidelberg-Übersbach.

Die Regierung in Not.

Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, der erkennen läßt, daß der Regierung des liberalen Ministerpräsidenten ob des Anwachsens der sozialdemokratischen Stimmen der Schreck stark in die Glieder gefahren ist. Sie sucht für die Stichwahlen eine antisozialdemokratische Koalition der bürgerlichen Parteien herbeizuführen und läßt deshalb vernehmen: Es drängt sich dem nächsten denkenden Beobachter die Frage auf, ob nicht durch ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien mit Erfolg der Sozialdemokratie entgegengetreten werden könnte, ohne daß die von der nationalliberalen Partei von einem Stichwahlabkommen erhoffte Vermehrung ihrer Mandate verzichtet werden müßte. Bei der scharfen grundsätzlichen Stellung, welche die nationalliberale Partei auch in diesem Wahlkampf gegenüber der Sozialdemokratie eingenommen, dürfte anzunehmen sein, daß bei der nationalliberalen Parteileitung der Gedanke eines Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, wenn zu einem solchen Zusammengehen auf der anderen Seite Geneigtheit bestünde, nicht von vornherein eine glatte Ablehnung erfährt.

Diese „andere Seite“ ist das Zentrum, und es wurde bereits eine allerdings später widerrufenen Meinung kolportiert, der Zentrumsführer Behner habe sich an die Parteileitung der Nationalliberalen um gegenseitige Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie gewendet. Diese schöne Rechnung des Regierungsorgans hat nur das eine Loch, daß sie nicht in die Wirklichkeit übertragen werden kann, denn die Nationalliberalen stehen in mehr Stichwahlen gegen das Zentrum, als gegen die Sozialdemokratie. Zudem bedeutete eine zentralistisch-nationalliberale Stichwahl-Konstellation den Tod des Liberalismus in Baden; es nützt denn auch gar nichts, wenn die bürgerliche Regierung am Schluß des Artikels also heulmeiert: „Es muß nochmals wiederholt werden, daß aus dem letzten Landtag von der Regierungsbank aus betont wurde, daß es tief bedauerlich wäre, wenn bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie durch Wahlhilfe Vorspann leisten würden.“

Bedauern hin, Bedauern her! Die Liberalen tun jedenfalls das, was sie, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, tun müßten, wenn sie wenigstens noch mit einem Dutzend Mandaten in der bürgerlichen Kammer vertreten sein wollen.

Liberal und Zentrum.

Zu den bürgerlichen Wahlen ist eine Anekdote der „Germania“ interessant, die aus der Angst vor einem neuen Zusammenbruch der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen geboren ist. Die „Germania“ appelliert an die bürgerliche Regierung um Wahlhilfe, indem sie schreibt:

„Zu einem offenen Bündnis, wie 1905, wird es diesmal ja wohl nicht kommen, denn die Verhältnisse sind heute in Baden andere als vor vier Jahren, da ein Minister der Hauptmindernde bei dem blau-roten Bündnis war. Heute, nach dem Thronwechsel, dürfen die „Rechtsliberalen“ Nationalliberalen, ohne nach oben in Unannehmlichkeiten, dergleichen kaum wagen. Aber was ein förmliches offizielles Bündnis; die Ideengemeinschaft zwischen Liberalen und Sozialisten führt beide zusammen und wird daselbst zuwege bringen, wie im Oktober 1905, um so mehr, als ja beide ein Gesicht dabei machen. Freilich könnte es, gegen Erwarten der Nationalliberalen, vielleicht auch anders kommen: möglich, daß das unheimliche Anwachsen der Sozialdemokratie die liberale Regierung zum Nachdenken darüber bringt, wohin es schließlich in Baden kommen müßte, wenn es so weitergeht — ob dann nicht am Ende die Fluten des „roten Meeres“ alles, auch die Regierung, wegswemmen werden. Und die Folge dieses Nachdenkens könnte dann vielleicht ein Wind „von oben“ an die Nationalliberalen sein, sich, wenn sie fernerhin noch Regierungspartei bleiben wollen, nicht allzu sehr für die roten Gewässer zu engagieren.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu:

„Was die bürgerliche Regierung tun und lassen wird, das warten wir ab. Aber die bürgerlichen Liberalen müßten sich sein, wenn sie nicht ihre ganze Kraft daran setzen, um das Zentrum bei den Stichwahlen niederzuringen.“

Nach einer vorläufigen Zusammenstellung entfallen von den 1272 100 Stimmen, die am 21. Oktober abgegeben wurden, auf die einzelnen Parteien:

Sozialdemokraten	489 420 Stimmen.
Nationalliberale	338 040 „
Konservative und Bund der Landwirte	315 150 „
Freisinnige	103 830 „
Reformer und Mittelstandsvereine	25 660 „

1272 100 Stimmen.

Unsere Partei steht in Stichwahl: 19mal mit Konservativen, 27mal mit Nationalliberalen und 7mal mit Freisinnigen.

Der Vorentwurf zum neuen Reichsstrafgesetzbuch ist jetzt erschienen. Das bayerische Mitglied der Kommission, Oberlandesgerichtsrat Meyer-Wandeling, gibt einiges aus dem Inhalt in der „Deutschen Juristenzeitung“ bekannt.

Der Entwurf zählt 310 Paragraphen, gegenüber 370 des bisherigen Strafgesetzbuchs. Durch die veränderte Einteilung des Gesetzes, die knappere Ausdrucksweise und die Beschränkung der Kasusistik sind im besonderen Teile 80 Paragraphen gestrichen worden. Dieser wie der allgemeine Teil haben eine vollständige Neuenteilung erhalten. Der Entwurf geht hierbei von der grundsätzlichen Ansicht aus, daß ein neues allgemeines Strafgesetz nur den Kern aller bestehenden strafrechtlichen Vorschriften enthalten soll. Deshalb sind nur einzelne Nebengesetze oder Strafbestimmungen eingebezogen.

Der Entwurf verpflichtet sich nicht auf eine bestimmte Strafrechtstheorie, er vertieft den Unterschied zwischen Justizhaus- und Gefängnisstrafe durch die Aufnahme von Bestimmungen über den Vollzug dieser Freiheitsstrafen; reformiert die Geldstrafe insbesondere durch Zulassung von Zahlungsstufen, Ratenzahlungen und des Abwendens durch freie Arbeit; hebt den Verweis auf Erziehung aus und führt die Maßnahmen des Arbeitshauses, des Bistrittsverbots und der Unterbringung in Trinkerheimeinrichtungen und der Verwahrung gemeingefährlicher Geisteskranker ein. Der Entwurf schlägt weiter die Einführung der richterlichen bedingten Strafaufhebung (bedingte Verurteilung) und der richterlichen Rehabilitation in der doppelten Form der Wiederbringung in die bürgerlichen Ehrenrechte und der Löschung von Vorstrafen im Strafregister vor. Er enthält einige Abschnitte über die subjektive Verurteilung und über die Strafbemessung, in denen namentlich der Rückfall allgemein geregelt ist. Es wird ferner die besondere strafrechtliche Behandlung der verminderten Zurechnungsfähigen vorgeschrieben und das Jugendstrafrecht insbesondere durch Sinauordnung der Strafmaßigkeit auf das vollendete 14. Lebensjahr und durch die Aufgabe des viel angefochtenen Einsichtserfordernisses geändert.

In der Formulierung des Tatbestandes weicht der Vorentwurf von der Starrheit der bestehenden Strafbestimmungen ab. In zahlreichen Fällen droht er neben Gefängnis auch Haft oder Geldstrafe an, und läßt namentlich bei politischen Delikten neben Gefängnis auch Haft zu. Der Entwurf ermöglicht dem Richter eine größere Individualisierung des einzelnen Falles. In besonders leichten Fällen steht dem Richter ein unbefristetes Strafmilderungsrecht zu, in anderen Fällen wieder erhält er das Recht, von Strafen überhaupt abzusehen. Eine derartige Strafbemessungsmöglichkeit besteht beim Strafrechtsirrtum, bei dem verminderten Zurechnungsfähigen, beim strafbaren Notwehrverbrechen, bei den Zurechnungsirrtümern, bei der Beihilfe, bei der falschen unethischen Aussage, bei der leichten Körperverletzung und der Beleidigung, bei der Anwendung und schließlich bei allen Übertretungen. Grundsätzlich ist die unverfälschte Anrechnung der erlittenen Unterdrückungshandlungen vorgeschrieben. Der Tatbestand der Erpreßung ist eingeeignet. Zum Schutze der Arbeiter in lebensgefährlichen Betrieben ist eine besondere Strafbestimmung gegen die Verletzung oder Nichtanbringung von Schutzvorrichtungen vorgesehn. Eine stärkere strafrechtliche Repression gegen die Trunksucht ist vorgeschlagen. Außer Bistrittsverbot und Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt, auch besondere strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Vernachlässigung infolge selbstverschuldeten Trunks und Strafbestimmungen gegen die gefährliche und grobe Trunksucht und gegen die Übertretung des Bistrittsverbots. Der Begriff des Notstands ist erweitert, die Strafbefreiung wegen Teilens möglich, wenn das Vorliegen einer Notlage nachgewiesen wird. Die Nahrungs- und Genussmittelverletzung des § 370, Nr. 5 des Str.-G.-B. ist zu einem Sonderdelikt (Entwendung oder Unterschlagung von Sachen von geringem Wert aus Not usw.) ausgestaltet. Das Institut der Polizeiaufsicht ist aufgegeben. Unter bestimmten, engbegrenzten Voraussetzungen soll das Gericht auf Aufenthaltsbeschränkung erkennen dürfen.

Aus den einzelnen Bestimmungen des besonderen Teiles ist hervorzuheben, daß der Begriff des groben Unfugs aufgegeben und in Einzelhandlungen aufgelöst ist. Die Todesstrafe wird — selbstverständlich — beibehalten.

Die bayerische Regierung für den Zirkismus gegen die Kammer.

Fast möchte ich die deutsch-russische Freundschaft eine atavistische nennen — diese Worte des Fürsten Bülow kommen einem unwillkürlich in den Sinn, angelehnt des Serenitantes in dem größten Teile der deutschen bürgerlichen Presse und des jervilen Entschuldigungsgeistes der Offiziösen aus Anlaß des „tastigen“ Reiches der bayerischen Abgeordnetenversammlung, den bayerisch-russischen Auslieferungsvertrag zu kündigen. Es steht jetzt bereits fest, daß die bayerische Regierung, nachdem sie mit Berliner möglichen Kreisen einen Meinungsaustrausch gepflogen hat, nicht daran denkt, dem Willen des Reichstages nachzukommen. Sie hat im Gegenteil offiziös erklären lassen, daß sich die Kammer eine Ueberarbeitung ihrer Kompetenz hat ausbilden kommen lassen. In demselben Sinne hat sich der Geschäftsträger der Petersburger bayerischen Gesandtschaft, Baron v. Soyman, einem Mitarbeiter der „Romoje Wremja“ gegenüber geäußert und dabei erklärt, er lege der Sache keine politische Wichtigkeit bei. Die Nachricht des offiziösen „Ruski Inoizid“, daß die russische Regierung ihren Münchener Gesandten abberufen wolle, scheint den Herren von der Regierung so in die Glieder gefahren zu sein, daß sie in aller Form vor der russischen Regierung Abbitte leisten und den Rosenkranz küssen, der sie eben noch mit unangenehm Stößen traktiert hat.

Die Erörterungen, die sich in der Presse an den Beschluß der bayerischen Kammer knüpften, bieten ein getreues Abbild der jammervollen politischen Zustände im Deutschen Reich. Das Organ der russischen Botschaft, „Romoje Wremja“, das namentlich in Fragen der auswärtigen Politik die vorderrückende Stimmung in Regierungskreisen widerspiegelt, hat die bayerische Kammer, und indirekt die deutsche Regierung, auf die unangenehmste Weise beschimpft: „Apachen, Dynamitorden, Kamikaden, Idioten, Salunken“ — das waren die Worte, die das russische Schandblatt gebrauchte. Und was war die Antwort der deutschen bürgerlichen Presse? Mit geringen Ausnahmen drückte sie ihr unerschrockenes Mißvergnügen aus, daß die „Tastlosigkeit“ des bayerischen Landtages die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland stören könne. Die konservative Presse war vollends aus dem Häuschen und gebärdete sich so, als ob die Existenz des Reiches durch den Beschluß der bayerischen Kammer gefährdet sei. Und die Offiziösen des Reichstages lieferten den Text zu diesem Spektakel, indem sie der bayerischen Kammer und selbst Herrn v. Bülow die Leiden laien, weil sie dem „Deutschengut der Panlawisten“ Nahrung gegeben hätten!

Es war aber nicht bloß die „atavistische“ Neigung der preussisch-deutschen Reaktion für Rußland, die in diesen Erörterungen grell zum Ausdruck gelangte. Der Beschluß der bayerischen Abgeordnetenversammlung legte die Art an die Wurzeln des Russentums, der von Bismarck proklamiert worden war. Bekanntlich ist der bayerische Auslieferungsvertrag von 1885 auf das Tragen Bismarcks abgeschlossen worden, der für Preußen einen fast gleichlautenden Vertrag mit Rußland abgeschlossen hat. Der preussische und der bayerische Vertrag — so schreibt die „Reinisch-Deutsche Zeitung“ — sind bisher auch die einzigen im internationalen Strafrecht und Rechtsbistrittsbereich geblieben, die eine Ausnahme feststellen, und Theorie und Praxis haben es mit letzter Einmütigkeit abgelehnt, diese Ausnahme zur Regel werden zu lassen.“ Die von Bismarck inaugurierte Praxis hatte für Preußen und Bayern den schmachvollen Zustand geschaffen, daß das Prinzip der Nichtauslieferung politischer Verbrecher hier als null und nichtig erklärt und für das Treiben der russischen Geheimpolizei Tür und Tor geöffnet wurde. Der bayerische Landtag hat nun auf den Antrag der Sozialdemokratie hin diesem System moralisch den Rücken gebrochen. Dabei die Entrüstung der reaktionären Presse, die in ihrer Verlegenheit selbst ein Mittel empfand, das seinerzeit von Bismarck als unantastlich verworfen wurde, — die Auslieferungsfrage nicht in den Landtagen, sondern im Reichstage zu regeln, natürlich unter der Voraussetzung, daß die preussische Außenpolitik die Vertragspolitik des Reiches beherrschen sollte. Wir hätten übrigens nicht viel dagegen, wenn diese Frage im Reichstage geregelt werden würde. Wollen die Herren den Tanz riskieren, wir werden ihnen gerne aufspielen!

Im Schachs Mandat.

Der „berühmt“ gewordene Triolen-Mann Schach hat sein Reichstagsmandat für Eisenach-Dernbach noch immer nicht niedergelegt. Obwohl, wie die „Deutschesocialen Blätter“ triumphierend mitteilen, „die gerichtliche Verhandlung hinlänglich geworden“, ist Schach noch immer nicht kurtiert von den Nachwehen der „verhängnisvollen Tage nicht ganzer Zurechnungsfähigkeit“. Er muß vorläufig noch „frank“ sein, denn es würde ja gar zu sonderbar aussehen, wenn er, nachdem es seinem Freunde Raab gelungen ist, auch die Zurückziehung des letzten Straftrages zu erreichen, sofort gesund werden würde. Aber lange wird es wohl nicht mehr dauern. Nicht man freilich die ersten nach den Triolen-Entscheidungen erschienenen Verurteilungen der Schach-Freunde heran, so haben diese ihm durch die Vereitelung der Straftrage einen bösen Streich gespielt, denn die gerichtliche Verhandlung sollte ja die einzelne Unschuld Schachs an das Licht bringen. Das Vergnügen haben sie ihm nun verborgen. Dafür bemühen sie sich um so mehr, ihn vor seinen Wählern weizuwachen. Gegenwärtig wird, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, im Wahlkreise Eisenach-Dernbach eine von der Deutsch-sozialen Partei und von der Wirtschaftlichen Vereinigung herausgegebene „Wahlzeitung“ als Flugblatt verbreitet, die den künftigen Reichstagswählern über Herrn Schach „gründlichen Aufschluß“ geben soll. Es heißt darin u. a.:

„Das, was sich zunächst unseren Wählern darbot, erschien freilich über alle Maßen schlimm. Schach hatte Ende Juni in einige Zeitungen Anzeigen legen lassen, in denen er besonders für seine kranke Frau eine Gesellschaftlerin oder dergleichen suchte. Den sich meldenden Damen hatte er dann Briefe geschrieben, einzelnen gegenüber auch mündliche Versicherungen getan, in denen, soweit sie überhaupt einen Sinn zu haben schienen, die Gegner den Ausweg unfruchtbarer Ablichten erblickten.“

Wir standen vor einem Rätsel. Zwar waren die Phantasien nirgendwo in irgend eine Tat umgesetzt worden, leblich die Briefe lagen vor, durch die sich eine der betroffenen Damen beleidigt fühlte. Aber auch der Umstand, daß Schach solche Briefe geschrieben haben sollte, lag für uns außerhalb aller Möglichkeiten. Und doch lagen sie vor. Die Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg und Lattmann eilten nach Hamburg, um zusammen mit dem Abgeordneten Raab das Rätsel zu ergünden. Letzterer fand Schach noch am Mittwoch, 8. September, in verhältnismäßiger Seelenruhe vor. Dieser wunderte sich, daß man so Böses aus seinen Briefen herauslesen wollte, die doch ganz harmloser Natur seien, und daß seine Umgebung das nicht einsehen könne. Erst als Raab, der wenige Stunden zuvor von der Reppelinsahrt zurückgekehrt war, auch seinerseits den Inhalt der Briefe für unbegreiflich und verhängnisvoll hielt, bemächtigte sich Schachs eine andere Stimmung. Begriff er auch seine Umgebung nicht, so schien er doch bereit, alles zu tun, was diese etwa von ihm verlangte.

Doch immer mehr hatte sich der Freunde Schachs die Ueberzeugung bemächtigt, daß er beim Schreiben der Briefe nicht völlig seiner Sinne mächtig gewesen sei und sich nun in einem Zustande befinde, der eine eigene Willensunterwerfung auslöse. Unter diesen Umständen konnte auch die Niederlegung des Mandats nicht als ein gültiger Akt erfolgen.“

Der Schlußlaß läßt vermuten, daß die Herren Raab, Liebermann v. Sonnenberg und Lattmann doch eingesehen haben, daß Schach sein Mandat nicht behalten könne. Aber sie suchten den Bericht wenigstens zu verzögern. Darum mußte Schach „frank“ sein, obwohl er noch nach den Triolen-Briefen von Leuten, die ihn gesehen und gesprochen haben, als durchaus nicht geistesgestört in dem Sinne, daß die Handlungsfähigkeit ausgeschlossen war, befunden worden ist. Aber er wird sich von seinen Freunden wohl überzeugen lassen haben, daß es am gerateinsten sei, für einige Zeit in einer „Heilanstalt“ unterzutauchen. Die

Wähler in Eisenach-Dernbach lassen, daß sie bußen müssen dadurch, im Reichstag haben. „Genesen“ ist, das m. l. ch. ba. ten. Wenn ab. daß die Hinuüßgeru so werden sie sich irr. Soeben geht uns.

S o m o r g. 2. Schach hat es, nach anträge wegen Bel. zurüdgezogen haben, zulegen.

Die Herren Behre weiterhin das Vergn. folgen begrüßen zu.

Ueber eine Zukunft des Königs Wilhelms.

in Raccconia n. viel Gelehrte auf dem. sammenkünfte auf. der Verlauf der Kris. heißt nun, Italien wo. vielleicht auch Rußland. Anst. rachen bei der. deswegen ist diese w.

Wo sitzen die Unb. Kätter die schon w. eines sozialdemokrati. Fran gegenüber. Heu. der da zeigt, wo in. Waffendorf, Kreis V. Piarron von der Kam. wieder einmal Sozial. der Reiche aus dem. von den Kindern. Was würde die un. demokraten zu gleicher.

Ein Journalisten-S. Neuen Nachrichten. Kammer ein Zwischen. neuen Größe mit der. inneren. In der Zeit. erhob der Abg. Dr. Rede schwere Vorwür. nalistentribüne über. Anlaß hatte eine Kri. Abg. Dr. Heim in ei. hatte über die Abzug. Steuererhebung erha. zu gegeben die geant. Kenntnis der Materie. Abstimmungsergebnis. eigene Parteipresse m. zeichnete er als verda. sondern der „Kreuzzei. bindung „Cavonia“ vo. berühmten St-Stadt. Journalistentribüne zu. sen wird, ist bisher n.

Nationale Arbeiter. Auschuß des „Nation. in Leipzig nahm in. das Statell erklärt, es. des sozialen Fortschri. vor dem Eintritt in.

Die Verberstut m. Der § 175 des Straf. so. gende Haftung erh. einer Person gleichen. Ist die Tat unter M. gewalt oder in ähnli. häftmissen begangen, i. mildernden Umständen. Dieselbe Strafe trifft. widernatürlichen Unz. mit Tieren wird mit.

Die Polizei im. 25. Oktober. Heute f. m. z. -Reichner und. Dr. Th. Keine Haus. ein auf Subskription. Das Vorgehen der Po. Stillschließungskommission. äußerst unfruchtlich. Gelegenheit kann sehr.

Der Nachfolger R. Kaiser hat das Entlass. justizamt, Dr. Miede. Marmor, genehmigt. „Reichsanzeiger“ mel. Visco ernannt.

Aus der Zeit.

Die „Westfälische.“

In seinem Rückb. Anh. mit der Hinrich. Weisheit zum besten. „Wir haben erit. die deutsche Sozial. Herr, der seinem. egriff, trotzdem e. Spanier einer jener. und doch eine bef. daran ändert auch. ja bekanntlich nie au. lichen Freiheitskämp. Freiche war! Wen. er seine Schulen an. moderne Schule“ ne. Bestreben sei, in die. ziehen, daß kein End. und Gift seien, wah. mehr erbracht zu w. die Menschheit in d. schaft vermittelten. für Märchen von de. steht. Die Verhandl. Öffentlichkeit statt. Bombenwerfers in. mit ja sein. Sterbe. Öffentlichkeit bring. zeigungen, die Dämon. Barce.ona brachten, und der Verteidiger wie der Staatsanwa. „Sage mir mit wem. sagt ein altes Spr. Zeug gemorfen? D. der bestehenden Ge. Wünsche sehen.“

ndchaft eine ata-
n Bülow kommen
es Prozentanges in
n Presse und des
sion und des
geordnetemamer,
zu kündigen. Es
zu, nachdem sie
Meinungsaustausch
n des Parlaments
s erklären lassen,
er Kompetenz hat
sinne hat sich der
hen Geandtschaft,
„Mowje Wremja“
e der Sache keine
offiziösen „Rukhi
n Münchener Ge-
der Form vor der
sistentlich küssen,
tiert hat.

Wähler in Eisenach-Dernbach werden sich aber wohl nicht einreden lassen, daß sie nun in Verfolg der Triolen-Affäre dafür büßen müssen, daß sie für längere Zeit keinen Vertreter im Reichstag haben. Wie im Reichstag zu erscheinen, wenn er „gelesen“ ist, das wird wohl Herr Schad selbst nicht für möglich halten. Wenn aber die deutschsozialen Hauptlinge glauben, daß die Hinwegsetzung der Wahl ihre Aussichten bessern könne, so werden sie sich irren.

Sieben geht uns folgende Nachricht zu:
Samstag, 3. Oktober. Der Reichstagsabgeordnete Schad hat es, nachdem die drei jungen Damen ihre Strafanträge wegen Verleumdung in der „Triole“-Angelegenheit zurückgezogen haben, abgelehnt, ein Reichstagsmandat niederzulegen.

Die Herren Behrens und Dr. Burchardt werden also auch weiterhin das Vergnügen haben, Herrn Schad als Fraktionskollegen begrüßen zu können.

Ueber eine Zusammenkunft des Zaren mit dem König Viktor Emanuel von Italien

In Macconigi wird jetzt in der bürgerlichen Presse viel Gerede gemacht. Wie wenig gerade diese Zusammenkünfte auf die Ereignisse Einfluß haben, hat erst kürzlich der Verlauf der Kriese auf der Balkanhalbinsel bewiesen. Es heißt nun, Italien wolle sich näher an Rußland anlehnen oder vielleicht auch Rußland näher an Italien. Das hat aber mit den Aussichten bei der Zusammenkunft gar nichts zu tun. Und deswegen ist diese wirklich vollkommen belanglos.

Deutsches Reich.

Wo sitzen die Unabstammigen? Kürzlich verbreiteten Zentrumsblätter die schon widerlegte Geschichte über die Unabstammigkeit eines sozialdemokratischen Hauswirts in Stuttgart einer fränkischen Frau gegenüber. Heute können wir einen neuen Fall anführen, der da zeigt, wo in Wirklichkeit die Unabstammigen sitzen. In Baffendorf, Kreis Lauban i. Schles., forderte der katholische Pfarrer von der Kanzel herunter seine Gemeinde auf, wenn wieder einmal Sozialdemokraten Volkslieder verteilten, sie mit der Peitsche aus dem Dörfchen hinauszuwerfen, damit das „Gist“ von den Kindern, Dienstboten u. m. nicht eingeblasen werde. Was würde die unduldsame Gesellschaft sagen, wenn die Sozialdemokraten zu gleicher Zeit ihnen gegenüber auftröben würden?

Ein Journalisten-Konflikt in München. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichten, ereignete sich in der bayerischen Kammer ein Zwischenfall, der an den Konflikt des Abgeordneten Gröber mit der Journalistenspitze des Reichstags erinnert. In der Freitags-Sitzung der Kammer der Abgeordneten erhob der Abg. Dr. Heim (vom Zentrum) mitten in seiner Rede schwere Vorwürfe gegen die Berichterstattung der Journalistenspitze über die Beratung der Steuerreform. Den Anlaß hatte eine Kritik gegeben, die Berlin und Politik des Abg. Dr. Heim in einem Münchener Blatte anläßlich der Debatte über die Abzugsfähigkeit der Versicherungssprämien bei der Steuererhebung erfahren hatten. Abg. Dr. Heim beschränkte sich auf die Abzugsfähigkeit der Versicherungssprämien bei der Steuererhebung. Die gesamte Journalistenspitze der sachlichen Unkenntnis der Materie, beidseitig die sogar der Falschung der Abstammungsergebnisse und nahm davon, so sagte er, auch seine eigene Parteipresse nicht aus. Den Verfasser des Artikels bezeichnete er als verächtlich, nicht ein Zeitungsjournalist zu sein, sondern der „Kreuzzeitungs“-Redakteur der „Freiurgerheilsener-Verbindung“, „Savonia“ von Gaidhauen, dem in seiner Unwürdigkeit berühmten St-Stadteil Münchens. Welche Maßnahmen die Journalistenspitze zur Abwehr der erhobenen Vorwürfe treffen wird, ist bisher noch nicht entschieden.

Nationale Arbeiter gegen den Sanjabund. Der sozialpolitische Ausschuß des „Nationalen Kartells der Galbhausangehörigen“ in Leipzig nahm in einer Sitzung eine Resolution an, in der das Kartell erklärt, es erkläre in dem Sanjabund einen Feind des sozialen Fortschritts und warne deshalb seine Mitglieder vor dem Eintritt in den Bund.

Die Verurteilung wird weiter bestrast. Berlin, 25. Okt. Der § 175 des Strafgesetzbuches wird in dem neuen Entwurf folgende Fassung erhalten: „Die widerrechtliche Unzucht mit einer Person gleichen Geschlechts wird mit Gefängnis bestraft. Ist die Tat unter Mißbrauch eines durch Amt- oder Dienstverhältnis begründeten Vertrauensverhältnisses begangen, so tritt Gefängnis bis zu 5 Jahren, bei milderen Umständen Gefängnis nicht unter 6 Monaten ein. Derselbe Strafe trifft denjenigen, der aus dem Vertriebe der widerrechtlichen Unzucht ein Gewerbe betreibt. Die Unzucht mit Tieren wird mit Gefängnis bestraft.“

Die Polizei im Dienste der Sittlichkeit. München, 25. Oktober. Heute früh hat die Polizei bei dem „Simplicissimus“-Reichert und Leiter der Rangischen Verlagsanstalt Th. Th. Heine Hausdurchsuchung abgehalten. Es handelt sich um ein auf Subskription herausgegebenes Werk, „Der Phönix“. Das Vorgehen der Polizei erfolgte auf dringenden Erträgen der Sittlichkeitskommission, da der „Phönix“ sich angeblich als ein äußerst unzüchtliches Werk darstelle. Der Prozeß in dieser Angelegenheit kann sehr interessant werden.

Der Nachfolger Niederbings. Berlin, 25. Oktober. Der Kaiser hat das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs des Reichsjustizamts, Dr. Niederbings, unter Verleihung seiner Rüste in Marmor, genehmigt. Zu seinem Nachfolger wurde, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, der Kammergerichtspräsident Dr. Visco ernannt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Die „Westfälische Zeitung“ und die Einrichtung Ferrers.

In seinem „Rückblick auf die Woche“ beschäftigt sich Herr Anh. mit der Einrichtung Ferrers. Er gibt darüber folgende Weisheit zum besten:

„Wir haben erst jetzt wieder, mit welcher wilder Leidenschaft die deutsche Sozialdemokratie die Partei des Anarchisten Ferrers, der seinem Vaterlande so schwere Schäden zufügte, ergreift, trotzdem es heute unumstößlich feststeht, daß der Spanier einer jener verbotenen Fanatiker war, die mit Bombe und Dolch eine bessere Weltordnung schaffen wollen. Und daran ändert auch nichts, daß selbst der „Goethebund“, der ja bekanntlich nie auf dem Plane steht, wenn es gilt, vermeintlichen Freiheitsidealen nachzugehen, sich für Ferrers in die Bresche warf. Wenn Ferrers in einem Briefe selbst sagt, daß er seine Schulen antant Anarchistenschule zum Schein, „die moderne Schule“ nenne, wenn er selbst sagt, daß sein einziges Bestreben sei, in dieser Schule überzeugte Anarchisten zu erziehen, daß sein Endziel die Revolution, seine Waffen Bomben und Gift seien, wahrlich, ein stärkerer Beweis braucht nicht mehr erbracht zu werden, mit welcher gefährlichen Subjekt es die Menschheit in dem von den Sozialen und ihrer Verwandtschaft verheimlichten Ferrers zu tun hat. Und was wurden all für Märsche von der „Ermordung“ Ferrers in die Welt gesetzt. Die Verhandlung soll unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden haben und der Verleibiger des Bombenwerfers in strenger Haft gehalten worden sein, damit ja kein Todesurteil über den Justizmord in die Öffentlichkeit dringe. Schon die Abbildungen der Tageszeitungen, die Darstende von Bildern aus dem Gerichtsaal von Barcelona brachten, liefern den eindrucksvollsten Gegenbeweis, und der Verteidiger Ferrers erstente sich derselben Freiheit, wie der Staatsanwalt selbst, der das Todesurteil beantragte. „Sage mir mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist“, sagt ein altes Sprichwort. Wer hat sich für Ferrers ein Zeug erworben? Doch nur jene Blutigen, die im Sturz der bestehenden Gesellschaftsklassen das oberste Ziel ihrer Wünsche sehen.“

Daß Ferrers Waffen, wie der Herr Anh. es hier darstellt, Bombe und Gift gemeint sind, d. h. daß er überhaupt Anhänger der sogenannten Propaganda der Tat gewesen ist, hat nicht einmal die realistische Presse zu behaupten gewagt, die die Stirn gegen den Justizmord gegen Ferrers zu verteidigen. Das ist eine Originalarbeit des Herrn Anh.! Wie gedankenlos übrigens der Herr seinen „Rückblick“ zusammengebastelt, wird dadurch bewiesen, daß er am Schluß seines Geschreibels ausführt, nur jene „Blutigen“, die im Sturz der bestehenden Gesellschaftsklassen das oberste Ziel ihrer Wünsche sehen, hätten sich für Ferrers ins Zeug gelegt, während er vorher selbst erzählt hat, daß auch der Goethebund für Ferrers eingetreten sei! Besteht denn der Goethebund auch aus Blutigen? Uebrigens gehört entweder Moral insanity oder ein vollkommener Mangel an Denkfähigkeit dazu, aus unserem Aufstreien gegen den Justizmord zu schließen, daß wir mit Ferrers Anschauungen etwas gemein haben. Herr Anh. scheint der Meinung zu sein, daß man einen politischen Gegner — und das war Ferrers der Sozialdemokratie gegenüber — ruhig zu Unrecht hinrichten lassen soll! Eine derartige Anschauung ist so gemein, daß kein Ausdruck dafür scharf genug ist. Man muß eher hier als mildern Umständen die absolute Denkfähigkeit des Herrn Anh. in Betracht ziehen.

Unter diesen Umständen ist es ja auch kein Wunder, daß das Geschreibsel des Herrn Anh. keinen Sinn und Verstand hat. Aber darauf kommt es ja in der „Westfälischen Zeitung“ auch nicht an. Die Hauptsache ist, daß dem fatten Spießbürger wieder einmal gruselig gemacht wird.

— Vom Arbeiterauschuss bei Görde. Vom sogenannten christlich-sozialen Metallarbeiterverband ist ein ganz besonders schauer der „Westfälischen Zeitung“ in die Spalten getrieben, um der Öffentlichkeit zu befähigen, daß unsere Bemerkungen über die Wahl des neuen Arbeiterauschusses bei August Görde in Schwärze getroffen haben. (Das ist nun gerade kein besonderes Kunststück. Die Brüder sind ja doch nicht wie ich w.r.g. Anmerkungen des Seherlehrstuhls.) In einem Eingelassenbericht dieser ganz schlaue die Nachforschungen der „Christlichen“ bei den Auswahlgängen damit zu rechtfertigen, daß er angibt, man habe die Arbeiter nicht mit einer geheimen Abstimmung „befähigen“ wollen. Merkt der gute Mann nicht, daß eine solche Ausrede in Zukunft auch gegen seine Freunde benutzt werden kann? Ein Statut ist dazu da, um innegehalten zu werden, und die geheime Wahl ist deswegen eingeführt, um jedem die Möglichkeit zu geben, nach seiner Überzeugung stimmen zu können, ohne geschädigt oder schikaniert zu werden. Wollen die christlichen Herrschaften etwa anders machen, daß bei der Gördischen Auswahlgänge andere als „christliche“ Stimmen hätten abgegeben werden können, ohne daß sich die Abstimmenden die Ungnüt einer hohen Drigkeit im Betriebe zugezogen hätten?

Uebern sind auch die Fäulen, daß gegen das Wahlverfahren der „christlichen“ Arbeiter niemand in der Werkstatteversammlung protestiert habe. Was die anwendenden freien Gewerkschaftler anlangt, so hatten diese nicht die geringste Veranlassung, die „Christlichen“ vor ihrer sich selbst zugefügten Blamage zu bewahren. Nichts kann den freien Gewerkschaftler angenehmer sein, als wie die „Christlichen“ die Arbeiterauswahlgänge bei Görde betrieben wurde, um zu beweisen, wie die „Christlichen“ die Rechte der Minderheiten schützten. Auch sonst fehlte den freien Gewerkschaftlern jeder Grund, das Zustandekommen eines „christlichen“ Arbeiterauschusses zu verhindern. Wir können dem Einander der „Westfälischen Zeitung“ sogar verraten, daß sie ihren Ausschuss auch bei einer geheimen Wahl bekommen hätten, denn von den freien Gewerkschaften geht niemand danach, im Betriebe von August Görde Arbeiterauswahlgänge zu sein. Sie hätten sich also die große Blöße durch die plumpen Ueberrumpelungen sparen können. Aber wir wollen gerecht sein: Dann wären sie ja aus dem Regen in die Traufe gekommen, denn bei der geheimen Wahl hätte sich ergeben, daß die „Christlichen“ Kandidaten mit ganzen 48 Stimmen gewählt worden wären! Und diese Blamage mit der anderen der Ueberrumpelung zu vermeiden, — das war der Zweck der Uebung. Aber sie haben's erreicht! Sie haben einen ausschließlich „christlichen“ Ausschuss und dazu noch unseren Segen. Mehr können sie doch wirklich nicht verlangen.

In seinem Sermon gebraucht der Herr Einleider dann noch einige sehr mystische Wendungen von verprügelten Ausschussmitgliedern, christlichen Unternehmungen usw., und zum Schluss versucht er sich sogar in guten Rathschlägen. Das müste so an, als wie wenn ein Fuchs der Hühnerzucht das Wort redet, jedes Wort der Entgegnung wäre Raun- und Zeitverwendung. Und Rathschlägen ist auch nicht unser Amt, weshalb wir darauf verzichten, den dunklen Vorstellungen des schwarzen Mannes nachzugehen. Wir soll er keine so starren Ausdrücke gebrauchen und von christlichen Unternehmungen reden, denn hierzulande weiß man, daß es leere Dörfer sind, die am meisten klappern. Und er soll auch nicht so selbstbewußt von sich sagen:

Ich bin klug und weise.
Mich betrügt man nicht!
Ein klein wenig mehr Weisheit wäre durchaus am Platze. Es hat schon mancher geschworen, sich nicht fangen zu lassen, selbst wenn ihm die Fingerringe schon an den Fäden saßen. Denn erstens kommt es anders, zweitens wie man denkt. . . .

— Die Schankkonzessionssteuer nicht genehmigt. Die Bielefelder Wirtvereinsung, die im Februar d. J. den Oberpräsidenten in einer motivierten Eingabe erucht hatte, die von den städtischen Kollegien beschlossene Schankkonzessionssteuer nicht zu genehmigen, hat, wie der „Generalanzeiger“ mitteilt, unter dem 19. dieses Monats vom Oberpräsidenten die Mitteilung erhalten, daß er der Steuerordnung in der vorliegenden Fassung die Genehmigung verweigert habe.

— Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister u. Co. Aktiengesellschaft. In der Generalversammlung, die Sonnabend unter dem Vorsitz des Herrn Bankier Hermann Wabersheim in der „Eintracht“ stattfand, genehmigten, wie der „Generalanzeiger“ berichtet, 16 Aktionäre, die ein Aktienkapital von 410 000 Mark vertraten, einstimmig die Regularien und setzten die Dividende auf 8 Prozent — wie im Vorjahre — fest. Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, daß die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft zwar eine Besserung zeige, daß indessen über die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres nichts Bestimmtes gesagt werden könne, da die Gesamtanlage der Industrie noch nicht genügend geklärt sei.

— Polizeibericht. Diebstahlsverdacht. Von der Schläge in Minden an der Weier sind 3 große, graue, wasserdicke Pläne mit der Aufschrift „Wind. Schleppschiffahrtsgel.“ im Gesamtwerte von 90 Mk. abhanden gekommen.

— Straßensperrung. Geperri für Fuhrwerk am 27. d. M. ist die Burgstraße wegen Kanalarbeiten.

Diebstähle. Vom 22. bis 23. d. M. wurden hier folgende Sachen gestohlen: 1 Brillantring, 1 gold. Ring mit 3 Opalen in Kleeblattform, 1 silb. Ring, vergolbet mit rotem Stein, eine lange silberne Damenkette aus kleinen silbernen Blättchen gefertigt, 1 silb. Halskette mit Talerstück (König von Bayern), ein silbernes maßliches Kettenarmband, 1 graues Jackett. Vor Anlauf dieser Sachen wird gewarnt; etwaige fahndende Mitteilungen erbittert die Kriminalpolizei. — Ferner wurde in der Renteistraße von einem Rade eine Karbidlampe im Werte von 8,50 Mk. entwendet.

Fahrrad Diebstahl. Dem Klempnermeister G. B. hier wurde am 23. d. M. nachmittags gegen 4 Uhr ein Fahrrad Marke „Mittelind“ Nr. 4491 vor dem Hause Bahnhofstraße 45 entwendet. Dasselbe hat schwarzen Rahmen und Felgen.

Festgenommen wurde 1 Person wegen Trunkenheit und 1 Person infolge Hochsehbild; 9 Obdachlose erhielten im Polizeigefängnis Unterkunft.

Versammlungen.

Mittwoch, 27. Oktober.

Bielefeld, Soz. Verein, 11. und 12. Bezirk. Abends 6 Uhr bei Tuzhorn: Handzetteldruckerei.

Sundern. Volksversammlung bei Meßter. „Jugend-
schutz und Jugendausbildung.“ Referent: Genosse Schred-
Bielefeld.
Zelmoh. Gew.-Kartell und Vorstände. In der
„Centralhalle“.

Weitere Folgen der Tabaksteuer.

Die Doppelner Tabakindustrie, die mehrere tausend Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, hatte infolge des neuen Tabaksteuergesetzes zu Beginn des Oktobers die Arbeitszeit um ein Viertel gekürzt; sie hat jetzt beschlossen, zu Anfang November eine weitere, ebenso hohe Einschränkung eintreten zu lassen, so daß die Löhne alsdann um die Hälfte reduziert sind.

In Erfurt sind wegen der Tabaksteuerrückbildung 12 Arbeiter und 10 Arbeiterinnen gänzlich arbeitslos geworden. Bei einer Firma wird auf 6 Stunden statt bisher 10 gearbeitet. Von dieser Arbeitszeitschränkung werden 15 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen und außerdem 8 Sortierer und Kistenmacher, also zusammen 38 Personen betroffen.

In Bönnd i. Th. hat die Zigarrenfabrik von F. A. Mann sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Entlassung auf Sonnabend angelündigt.

* Cnigloh, 23. Okt. Kombinierte Gemeinde-
ratsung von Mucum und Cnigloh vom
23. Oktober. Tagesordnung: Beschlußfassung über die kostenlose
Bergabe des Grundstücks für das Gemeindehaus und Be-
willigung eines Baubetrages. Es wurde beschlossen, das Grund-
stück außerhalb des Weges zum Friedhof kostenlos an Herrn
Bastor Niemann anzulassen, wenn es später von der Kirchen-
gemeinde Münde übernommen wird. Sollte das Grundstück
nebst Gebäulichkeit von der Kirchengemeinde nicht übernommen
werden, so behalten sich die Vertreter beider Gemeinden das
Recht vor, erst gehört zu werden. Von einer Baubehilfe wurde
vorläufig Abstand genommen.

* Cnigloh, 24. Okt. Am 11. November findet die Ver-
treterwahl der Ortskrankenkasse für Cnigloh und
Umg. statt. Die christl. Gewerkschaften werden, wie auch im Vor-
jahre, mit großem Eifer teilnehmen, ihre Vertreter durchzu-
kommen. Im Vorjahre brachten sie es auf 100 Stimmen für
ihre Vertreter. Ein großer Erfolg bei ihrer geringen Mitgliebers-
zahl. Die freien Gewerkschaften, von denen gegen 900 als Mit-
glieder der Kasse angehören und nur 142 Stimmen aufgebracht
haben, mühten sich dagegen schämen. Hoffentlich wird durch
diese Hinweis auch der letzte Gewerkschaftler veranlaßt, wenig-
stens am Tage der Wahl seine Stimme abzugeben, damit unsere
Vertreter mit imposanter Mehrheit gewählt werden. Nur da-
durch haben wir die Gewähr, daß bessere Zustände in der Kasse
Platz greifen.

* Lage, 25. Okt. Gewitter und Feuer. Heute nach-
mittag um 3 Uhr zog ein schweres Gewitter über unsere Stadt.
Ein Blitz traf das Wohnhaus des Gutbesizers Windmeier.
Das Haus brannte vollständig nieder. Ein Teil der Ernte
wurde ein Raub der Flammen. Das Mobiliar und Vieh konnte
gerettet werden.

* Lage, 25. Okt. Unfall. In einem unbewachten Augen-
blick ging das Pferd des Destillateurs Schäfer, hier, durch.
Das Unglück wollte es, daß auf der Verstraße ein Wagen mit
der Fuchel dem stürzenden Pferde entgegenstand, so daß sich
das Pferd die Deichsel in die Brust ließ; es verendete nach kurzer
Zeit.

* Detmold, 25. Okt. Wer muß den Antrag auf Ent-
eignung des Teiles des Priesterlichen Grundstücks an der
Bruchstraße stellen, welcher die Vauluchlinie überragt?
Diese Frage beschäftigte das Obergerichtsgericht in seiner
letzten Sitzung. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im Jahre
1906 wandte sich der Bürgermeister Priester an den Magistrat
der Stadt Detmold mit dem Gesuch, einen Umbau vornehmen zu
dürfen. Der Magistrat gab dem Gesuche auch statt. Als die
Umbauarbeiten in vollem Gange waren, wandte sich eine ganze
Anzahl der Anwohner der Bruchstraße beschwerend an die
Regierung und bat, den Weiterbau zu inhibieren, da er
gegen das Fluchtliniengesetz verstoße. Die Regierung verfügte
dann auch die Einstellung des Baues. Priester bot nun das
Grundstück der Stadt zum Kauf an, doch schien der Magistrat
die Summe zu hoch. Er gab Priester daher auf, den Antrag
auf Enteignung des in Frage kommenden Grundstücks zu stellen.
Priester weigerte sich jedoch, weil er der Ansicht war, der An-
trag müsse vom Magistrat gestellt werden. Als dieser nun nicht
den Antrag stellen wollte, beibringt Priester den Klageantrag. Das
Kreisverwaltungsgericht in Detmold wies den Klageantrag zu-
rück, weil es sich nicht als zuständig erachtete. Auf eine Be-
rufung Priesters beim Obergerichtsgericht erkaunte dieses,
daß das Kreisverwaltungsgericht dennoch zuständig sei und wies
die Klage an die Vorinstanz zurück. In der erneuten Ver-
handlung vor dem Kreisverwaltungsgericht wies dieses die
Klage ab. Nicht der Magistrat sei verpflichtet, den Antrag auf
Enteignung zu stellen, sondern Priester. Auch bei diesem Ur-
teil beruhigte sich Priester nicht. Er legte Berufung beim
Obergerichtsgericht ein. Dieses hob nun das Urteil des
Kreisverwaltungsgerichts auf und verurteilte die Stadt, den
Antrag auf Enteignung des Grundstücks zu stellen. Außerdem
hat die Stadt die gesamten Kosten des Verfahrens zu tragen.
Der Wert des Streitgegenstandes wurde auf 2000 Mark fest-
gesetzt. Der Magistrat hatte in seiner Klageantwortung be-
tritten, daß das in Frage stehende Grundstück unter das Flucht-
liniengesetz von 1895 falle. Das Obergerichtsgericht sagte in
seiner Begründung, daß das Gesetz auch auf diesen Fall An-
wendung finden müsse. — Hoffentlich geht nun die Enteignung
schnell vor sich, damit Priester, dessen Umbau seit drei Jahren
ruht, weiter bauen kann und die Bruchstraße ein Verkehrs-
hindernis los wird.

* Brake (Vippe), 25. Okt. Große Entrüstung herrscht
kurze hier unter den Tabakarbeitern, welche
durch die Wirkung der neuen Steuern arbeitslos sind. Obwohl
nun viele derselben schon die 4. Woche feiern, haben sie bis heute
noch keine Nachricht, ob und wann sie Unterstützung erhalten
sollen. Man scheint wirklich der Ansicht zu huldigen, daß die
Tabakarbeiter von ihrem jährlichen Verdienste, der ja laut
Statistik rund 600 Mark beträgt, sich große Summen erspart
hätten, wovon sie nunmehr leben könnten. Den ersten Arbeitern
hat man deshalb die Unterstützung verweigert, weil die Firma
Thosy u. Siefmann Frauen und Mädchen zum Bohnenabziehen
suchte. Wir fragen: Kann ein Tabakarbeiter überhaupt dauernd
andere Arbeit verrichten? In Brake sind einige, die schon
längst wieder Arbeit im Tabakgewerbe haben, dieselbe aber
nicht verrichten können, weil sie sich zu sehr abgeradert haben.
Hoffentlich genügen diese Beilen, daß nunmehr die Tabakarbeiter
die gezielte Unterstützung erhalten.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben
das 4. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des
Heftes heben wir hervor: Der Fall Ferrer. — Prophezie
Wissenschaft. Von Ludwig Duesel. — Das Götterseignen.
Kritische Stoffen zur literarischen Gesellschaftstheorie. Von H.
Lautenberg. (Hort.) — Der industrielle Großbetrieb und seine
sozialen Wirkungen. Von Rich. Wolbr. — Literarische Rund-
schau: Davis Trielich, Die Orientwirren. Dr. Vladan George-
witsch, Die türkische Revolution und ihre Ursachen. Albrecht
Wirth, Türkei und Persien. Rob. Kienberger, Die macedonische
Frage. Dr. J. Boehmer, Vahitina im Lichte der gegenwärtigen
Orientkritik. Dr. A. Wirth, Die Zukunft der Türkei. Von Karl
Radek. O. Schwarz, Die Finanzsysteme der Großmächte. Von
M. N. — Zeitgeschichten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Bötscher beide in Bielefeld.

Ferrers Verurteilung

ab heute



im Biographon-Theater.



Sensationelle Aktualität!

Ferner 10 Neuheiten!

Stadttheater.

Heute, Anf. 7 1/2, Ende gegen 10 Uhr:

Jugend.

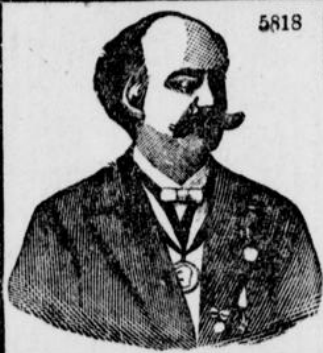
Ein Liebesdrama in 3 Akten von Max Halbe.

Mittwoch, 27. Oktober 1909, Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr: Der neue große Operetten-Erfolg:

Die Förster-Christi.

Sonntag, den 31. Oktober, Anfang 3 Uhr, Ende 5 1/2 Uhr: Toffentliche Extra-Vorstellung zu ermäßigten Preisen:

Ein Walzertraum.



Remkes Theatersaal

Bielefeld.

Hofkünstler

L. Bellachini

aus Marburg

trifft in den nächsten Tagen mit Riesentransport hier ein

Naturheilverein.

Donnerstag, den 28. Oktober 1909, abends 8 Uhr, in der Harmonie:

1. Belehrungsabend.

Thema: **Alkohol und Geisteskrankheiten.**

Eintritt frei.

Der Vorstand.

Visiten-Karten liefert Buchdruckerei „Volksrecht“.

Simplicissimus

Nr. 50

Preis 30 Pfg.

in der Buchhandlung „Volksrecht“ zu haben.

Feuer-Versicherungen

werden unter günstigen Bedingungen

reell aufgenommen. 4387

August Ostmann,

Zeitungstr. 24.

Hauptagent der „Albingia“,

Berlin. - Alt.-Gesellschaft Hamburg.

Herm. Ostmann, Lutterstraße 50.

Vertreter und Kassierer.

In der Buchhandlung „Volksrecht“, Bielefeld, Schulstr. 20, ist an Broschüren- und Flugschriften-Literatur vorrätig:

Das kommunistische Manifest. Preis 20 S., Porto 3 S.
Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie. Pr. 10 S., Porto 3 S.
Die Entwicklung des Sozialismus. Von Friedr. Engels. Preis 40 S., Porto 5 S.
Die historische Leistung von Karl Marx. Von Karl Kautsky. Preis 30 S., Porto 3 S.
Die Zukunft der Sozialdemokratie. Von J. Dieckmann. Preis 20 S., Porto 3 S.
Egoismus u. Sozialismus. Von E. Hoffmann. Pr. 25 S., Porto 5 S.
Ehrl. und Sozialismus. Von Anton Pannekoek. Preis 30 S., Porto 5 S.
Der historische Materialismus. Für Arbeiter erklärt von Hermann Gorter. Preis 50 S., Porto 5 S.
Marxistische Werttheorie. Von Paul Fischer. Preis 30 S., Porto 3 S.
Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Von Ed. Bernstein. Pr. 20 S., Porto 3 S.
Ziele und Wege. Preis 20 S., Porto 5 S.
Kapitalismus, Sozialismus und Ethik. Von L. Kugel. Pr. 25 S., Porto 3 S.
Die soziale Revolution. Von K. Kautsky. I. Sozialreform und soziale Revolution. Preis 40 S., Porto 5 S. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Preis 30 S., Porto 3 S.
Der Weg zur Macht. Von Karl Kautsky. Preis 50 S., Porto 5 S.
Die Klassenkämpfe im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Kautsky. Preis 75 S., Porto 5 S.
Sozialdemokratie und Antisemitismus. Von Aug. Bebel. Preis 30 S., Porto 3 S.

Patriotismus und Sozialdemokratie. Von K. Kautsky. Preis 20 S., Porto 3 S.
Der Schwindel der Christen Arbeiterpolitik. Von August Erdmann. Preis 35 S., Porto 3 S.
Christentum und Sozialismus. Von A. Bebel. Preis 10 S., Porto 3 S.
Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Von Karl Kautsky. Preis 30 S., Porto 3 S.
Der dumme Teufel. Die Katastrophe der Zentrumspolitik. Preis 20 S., Porto 3 S.
Die Religion der Sozialdemokratie. Von Jos. Dieckmann. Preis 25 S., Porto 5 S.
Die wahre Gestalt des Christentums. Von Jos. Dieckmann und Sigismund Lacroix. Preis 50 S., Porto 5 S.
Religion ist Privatsache. Von Fr. Stampfer. Preis 20 S., Porto 3 S.
Wie ein Arbeiter Sozialdemokrat wurde. Von Paul Göhre. Preis 10 S., Porto 3 S.
Gott? Von J. Stern. Preis 20 S., Porto 3 S.
Ist Rabbi Jeschua Gottes Sohn? Von Jul. Lederer. Preis 20 S., Porto 3 S.
Sozialdemokratie und antikirchliche Propaganda. Von Hermann Wendel. Preis 20 S., Porto 3 S.
Der Mensch und seine Götter. Von Jul. Lederer. Preis 20 S., Porto 3 S.
Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Von Wilh. Geyer. Preis 10 S., Porto 3 S.
Darwins Leben und Lehre. Von Ludwig Antkowiak. Preis 20 S., Porto 3 S.
Lohn, Preis und Profit. Von Karl Marx, überf. von E. M. Bernstein. Preis 20 S., Porto 3 S.
Sozialkonjunktur und Wirtschaftskrisis. Von Max Schippel. Preis 50 S., Porto 5 S.
Gewerkschaften und Unternehmervereine. Von Dr. August Müller. Preis 30 S., Porto 5 S.
Der Kampf der Arbeiter. Von Anton Pannekoek. Preis 20 S., Porto 5 S.
Der gewerkschaftl. Kampf. Von Parvus. Preis 15 S., Porto 3 S.
Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus. Von Parvus. Preis 25 S., Porto 5 S.
Das persönliche Regiment vor dem deutschen Reichstag. Preis 25 S., Porto 10 S.
Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament. Preis 50 S., Porto 5 S.
Die preussischen Landtagswahlen. Von Dr. Leo Krons. Preis 20 S., Porto 3 S.
Wahlrecht u. Wahlrechtsdemokratie vor dem Deutschen Reichstag. Preis 20 S., Porto 3 S.
Gegen Volksverdummung, Volksfäulnis, Volksverderb. Preis 20 S., Porto 5 S.
Der preussische Volkschulgesetzentwurf. Preis 20 S., Porto 3 S.
Die Volksschule, wie sie ist. Von D. Kühle. Pr. 30 S., Porto 3 S.
Die Volksschule, wie sie sein soll. Von D. Kühle. Preis 30 S., Porto 3 S.
Sozialdemokratie und Schule. Von Heinrich Schulz. Preis 30 S., Porto 3 S.
Die Schulfrage. Von Clara Zetkin. Preis 15 S., Porto 3 S.
Schule, Kirche, Arbeiter. Von P. Göhre. Preis 15 S., Porto 3 S.
Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? Von Julian Borchardt. Preis 30 S., Porto 3 S.

Künstliche Zähne

mit und ohne Gaumenplatte. 5819

Plombieren und Zahnoperationen schmerzlos.

Behandlung von Krankenkassen-Mitgliedern.

F. W. Möller, prakt. Zahnk. Herforderstr.,

neb. der Stadttheaterschule.

Mässige Preise. Bequeme Zahlung.

Am Freitag, den 22. d. M., verschied plötzlich infolge eines Unglücksfalles unser langjähriger Mitarbeiter, der Former

Christoph Brodmann.

Sein biederer Wesen und sein offener Charakter sichern demselben bei uns ein ehrendes Andenken.

— Er ruhe in Frieden! —

Die Mitarbeiter der Fa. Ravensberger Eisenhütte

Reinschagen & Vogt. 5826

Statt Karten.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns beim Heimzuge unserer lieben, unergötlichen Entschlafenen in so wohlthuernder Weise entgegengebracht sind, sagen wir hiermit allen

unseren tiefgefühlten Dank!

Bielefeld, den 26. Oktober 1909.

Gustav Köhring u. Kinder.

Trauerbriefe mit Konverts

liefert Buchdruckerei „Volksrecht“.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Überschrift 10 Pfg.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorauszahlung angenommen.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Kirmesfreunden

erleben Sie heute nur im Kinematographen-Theater zur alten Post. Heute keine Preise. 5824

Schirme

für Damen und Herren in allen Preislagen. Georg Meier, Herforderstr. 12. 5692

Getragene Valetots,

Anzüge, Damenkleider, Hüte, Uhren und Ketten kaufen Sie nur am besten und billigsten bei Wilh. Meier, Kettstraße 19. 5815

Bücher

für Damen und Kinder. Gute Qualitäten. Billigste Preise. Georg Meier, Herforderstr. 12. 5691

Kartoffeln,

rote und Indufrie, vom Lehmbofen, und Futter-Kartoffeln zu billigen Preisen hat abzugeben Wilhelm Heister, Dittstraße 108. 5812

Futterkartoffeln

liefert frei ins Haus billige G. Heister, Dittstraße 108. 5812

Kochherde,

gegründete, weiße und schwarze, sowie gebrauchte Defen in großer Auswahl, gebrauchte Garantietafellose Funktionieren billig ab. Adolf Heine, Kettstraße 57. 5450

Matrassen.

Die allerneuesten verbesserten Stahlfeder-Matrassen mit 20jähriger Garantie sehr billig in der Fabrik von F. Mertens, Jaghsplatz. Alte Matrassen werden umgearbeitet. 5192

Phonographen!

Ausstellung erst. moderner Phonographen und Grammophone. Größte Auswahl der neuesten Marken und Schallplatten verschiedener Fabriken. Gute und reelle Bedienung bei billigen Preisen, daher kauft am besten! Ein Besuch der Ausstellung ist zu empfehlen. Bielefelder Musikwarenhaus von Otto Leber, Bahnhofstraße 40, Nähe Bahnhof. 5786

Kirmesfreunden

erleben Sie heute nur im Kinematographen-Theater zur alten Post. Heute keine Preise. 5824

Zigarren

kauft man billig in guten Qualitäten in der Fabrikniederlage Klosterplatz 5, Ecke Hagendruckstr. Vertreter Paul Wesemer. 4958

Defen

und Kochherde in großer Auswahl gebe zu staunend billigen Preisen ab. Gebrauchte Herde nehme in Zahlung. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Kettstr. 57. 5675

Speisefartoffeln

zum Einfeuern, sämtliche Sorten, empfiehlt G. Heister, Dittstraße 69. 5726

Jagdhund,

kurzhaarig, weiß mit gelben Ohren und gelben Schulterplatten, entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung. Carl Meyer, Bielefeld, Bismarckstraße 2a. 5825

Schirm

(mit Namen) am Sonntag im Tanzlokal C. Schröder, Bradweide, abgeben. Gebrauchte. Bitte abzugeben daselbst oder Eggweg 16. 5822

Todes-Anzeige.

Gestern morgen 5 Uhr entschlief nach langem, schweren Leiden unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Schwiegermutter

Ww. Justine Ostmann

geb. Niemeier

im Alter von 68 Jahren, welches mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetriibt anzeigen

Die trauernd Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 3 1/2 Uhr vom hiesigen Krankenhaus aus statt. 5817

Dankagung.

Für die bei dem Hinscheiden unserer lieben, fürsorglichen Mutter in so reichem Maße erwiesene Teilnahme sagen wir allen auf diesem Wege unseren aufrichtigsten Dank. 5821

Geschwister Meyerhoff.

Nr. 250.

Die Kieler

Sch...

(Mber. Nachr. oer...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

Die Kieler Nachrichten...

* Bielefeld, 23. D.
 Präjeur Karl Keller
 schaft mit dem nicht-
 ter zu Vlotho am W.
 Bierbrauer Vellbrad-
 wert niedergebrannte
 Holz, von einem Ba-
 Angestellte, der einen
 das er für wertlos ge-
 Frau und Kind fran-
 gegenblicklich an Holz
 Milch zu kochen. D.



Erscheint 3mal
wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen
zur Beachtung empfohlen.



Abzahlungs-Geschäfte

Dirksen, L., Arndtstraße 2 a,
Möbel aller Art, Herde, Uhren u.
Küchengeräte, Herren- u. Knaben-
Anzüge, Kompl. Betten.
Harry Dreyer, Möbel u. Konf.
Göbenstr. 5.

Alkoholfreie Getränke

Bilz, Vertr. W. Festing,
Sinalco, Bielefeld.

Aug. Sewing, Bielefeld,
Spez. Apfelerle u. Cigra. Brausalm.

Trinkt Kochs Apfelerle.

Bettfed., Bettstoffe, Betten,
Pecher & Co., Herford, gegenüb.
d. Hauptbahnhof.
Nur bewährte, preiswerte Qualitäten.
Unübertroffene Reinigung von
Federn und Daun.

Friedrich Wehmeyer,
Betten kaufen Sie aus erster Hand
im Bielefelder Bettenhaus:
Viktoriastraße 63.

Bierbrauereien, Bierhdlg.

Actien-Bierbrauerei Falkenkrug,
Barkey, C., Weißbierbrauerei.

Bielefelder Bierbrauerei
Altwein & Huber,
Bielefeld-Pilsener, Münchener u. Malzbier
ff. Lagerbier (Braueri-Abzug).

Brauerei Felsenkeller,
Herford.

Gebr. Uekermann,
Brauerei J. Reiff & Sohn

Gütersloher Brauerei A.-G.,
„Niederlage Bielefeld“
Kaiser Wilhelmplatz 9a. Tel. 784.

Herforder Wittekind-Brauerei,
Spez. Flaschenbier, Brauerei-Abfüllg.
Löllmann, E., Weißbierbrauerei.

Lucas, Carl, Herford,
Selters, Brause und Flaschenbier.

Ohm & Kleine A.G.,
Spez. ff. hell und dunkel,
ff. Lipstädter Pilsener.

Remke jr. Fr., Tel. 133.
Dortm. Union, Langenberger,
Münchener u. Culmbacher Biere.

Sparrenberger Brauerei,
H. u. W. Wiegand.

Trinkt Falkenkrug Bier,
A. Fuß, Minden, Poststr. 12.

Wittenborg, Carl, Herford,
hell u. dunkle Biere i. Flasch. u. Syph.

Brantwein, Liköre

Arning, Joh. Heinr., Minden i. W.
Inn. Otto & Herm. Kaßpohl
Kaßpohlischer Korn-Steinhäger.

Jückemöller's Steinhäger,
Allen voran ist:

Beyer, Carl, Hagenbrucherstr. 10.
Wein-Großhandl. u. Detailverkauf.

Casselmann & Jursch, Herford,
Cognac-Steinhäger.

E. F. Elmendorf,
Iselhorst.

Heiser, R., Niederwall u. Niederst. 41

Kenner trinken
Schlichtes
Steinhäger.

Osthoff, Hermann, Herford
Kornbrantwein u. Steinhägerbrennerei.
Poggenpohl, A. & Söhne, Pöge-Str. 7.

Riegel,
bester Bitterlikör, gesetzl. geschützt.

Schroeders Boonekamp,
anerkannt bester Kräuterbitter!

Steinhäger-Urquell,
ist der beste Steinhäger.
Alleiniger Fabrikant
H. C. Köhlig, (Steinhäger) i. Westf.

Witthüser, Heinr., Herford
Cognac-Brennerei, Liqueur-Fabrik.

Cigarrenhandlungen

Althoff, W., Bürgerweg 68.
Bielefelder Cigarrenfabrik
Ernst Krammann,
Inn. H. Opler, Bahnhofstr. 3.
Cigarren-„Heim“, Niederwall 13a
(Kaiser-Café) Gütersloherstr. 33 E. Bethel.
Eggen, W., Detmold, Krummstr. 4.
Fiedler, H., Rathausstr. 2, E. Alter Markt
Fingberg, H. W., Brackwede, Kaiserstr. 22.

Funke, H., Bahnhofstr. 9.

Gast, Fritz, Heinrichstr. 7.
Goldstein, Moritz, Niedernstr. 39.
Hamburger Cigarrenhaus,
Minden, Obermarktstr. 1.

Hameyer, G., Bahnhofstr. 29.
Holz, J. P., Havana-Centrale
Niederwall 16.

Jodcheck, Ed., Windthorststr. 14.
König, Aug., Herford, Radewigerstr.
Leber, H., Schillerpl. 17 b (Basilarale).
Linnemann, F., Detmold, Paulinenstr. 65.
Meyer, Max, Herford, Rennstr. 34 a.
Meyer, W., Herford, Steinstr. 1.
Nagel, H., Herford, am Bahnhof.
Pauly, Th., Bleichstr. 125. Eig. Fabrik.
Pielsticker, W., Jöllenbeckerstr. 74.

Hauptgesch.: Schillerplatz
Rohrteichstr.
Gütersloherstr.
Teutoburgerstr.
Kaiserstraße.

Pistor & Meyer

Reckendorf, Herf., Hollandstr. Tab. Cig.
Herfordstr.

Richter, Wilh., Herfordstr.

Schildener Fr., Gr. Kurfürstenstr.
u. Teichstr. Ecke.

Schlüter, Ant., Kaiserstr. 40.
Schröder, C., Kreuzstr. 40.
Schuster, Ferd., Credenstr. 36.

Carl Schewpe,
Bahnhof-Str. 39, Hotel Vereinshaus
Bürgerweg 43.

Ed. Stender, Zig.-Imp. u. Ver-
sandh. Haupt-
Bahnhofstr., Ecke Jöllenbeckerstr.
Fil.: Herforderstr. Ecke Reichs-
poststr., Bahnhofstr. 49, Arndtstr. 11.

Stender, H., Cig.-Import en gros -
u. en detail, Jöllenbeckerstr. 56.
Tegen, Aug., Jöllenbeckerstr. 32.

Tewes, Hermann, Obernstr. 21.

Uppmann, Gust., Ulmenstr. 7.
Vogt, Heinr., Schmiedestr. 17.
Weißböhner, Herm., Schildestest. 41.
Heeper-Viktoria-Strasse
Wenzel, H., Ecke 65.

Winkelmann, E., Arndt-u. Friedr.-Str.

Drogen u. Farben

Bernstein, Alfr., Kaiserstr. 121.
Brickmann, G. C., Gütersloherstr. 10.
Cordes, Joh., Kaiser Wilhelmplatz 5.
Ehlers, u. Witke, Herford, Radewiger-
Evers, Ferd., Neumarkt-Drogerie.
Hesse, Joh. A., Detmoldstr. 41.
Hüner, Drogerie, Bürgerweg 41.
Johannis-Drogerie, Arndtstr. 51.
Koch, Maximilian, Drogen.

Lohmann, C. F., Gehrenberg 18
Seelhorst, G., gegenüber d.
Stamm, F., Kaiser u. Thienest. Ecke.

Upmann, H., Bahnhofstr. 21
Feuerwerk

Fahrräd., Nähmaschinen

Banze, Aug., Engerscherstr. 57.
Beckord & Lohmann, Gütersloherstr. 58a

Biermann, Gebr., Herford und
Wassermaschinen, Reparaturen,
Spechmaschinen und Platten.

Brakemeier, Conr., Rohrteichstr. 72.
Busse, H., Herford, Gehrenberg 23.
Fricke, Ad., Herford, Clarenstr., Rep.

Herm. Frohose,
Bielefeld.

Greive, B., Detmold, Langestr. 49.

Aug. Hagemeier, Niederwall 15 a.
Phönix-Nähmasch., Fahr., Wasch.,
Wringmasch., Wäschemangeln, Repa-
ratur-Werkstatt. - Teilzahlung.

Hilbert & Bertram, Jöllenbeckerstr. 90
Erstes Spezialhaus f. Fahr., Weid-
masch., Zubehörs- u. Reparatur.
König, Gustav, Enger.

Meißner, K., Herford, Steinstr. 22.
Paul, Heinr., Minden, Obermarktstr. 11.
Quante, W., Herford, Comthurst. Bill.
Siekman, W., Brackw., Bielefeld-St. 35.

Louis Stratemann,
Gen.-Vertr. d. Dürkopp-Fabrikate
Schillerplatz 4.

Vetter, Emil, Oberntorwall 19.
Phönix-Nähmasch. Wanderer-Fahrräder.

Louis Voss,
Phönix-Nähmaschinen

Gottlieb Weitkamp,
Anker-Nähmaschinen u. Fahrräder,
Waschmaschinen usw.
Viktoria- u. Waldeckstr.-Ecke.

Färbereien, Wäschereien

Jahns, Aug., Schildestest. 43a
Arndtstr. 36.

Köppel, Werner,
Läden in allen Stadtteilen.

Färberei Münzer,
Herford i. W.

Fleischereien

Bokermann, H., Möhlenstr. 6,
Herford.

Brendel, C., Ritterstr. 65.
Ellenbeck, Fr., Herford, Kirchstr. 24.
Grünwald, Herm., Herford, Kirchstr.
Grünwald, S., Schildestest. Bielefeld-St.

Kerkhoff, Fritz, Gehrenberg 31.
Brackwede.

Obertranke, H., ff. Aufsch. u. Wurst.

Reckendorf, Ludw., Herford,
ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Tatenhorst, A., Rohrteichstr.,
Ecke Göbenstr.

Thiem, Max, Am Damm 4.

Gravier-Anstalten

Carl Kind jr.,
Cliches, Stempel, Schilder
Verkehrszeichen: Gravierungen
Bielefeld, Obernstr. 21

Gummiwaren

Fiedler, H., Obernstr. 49.
Irrigatoren, Leibbind., Sauger,
Unterlagen, Watto, Spritzen für
Kraken- u. Wochenpflege.

Haus- u. Küchengeräte

Ahlert, Fr., Schildestest. Bielefeld-St. 3.
Begemann, H., Schildestest. Bielefeld-St. 3.
Brickmann, H., Brackw., Kaiserstr. 51.
Glas, Porz., Geschenke-
artikel. Obernstr. 16.
Galanterie- u. Spielw.

David, Ferd., Bahnhofstr. 18.
Fromme, H., Bergstr.

Gieseler, H., Bergstr.

Hellmann, F., Brackwede,
Niedernstr. 14.

Kranz, Fr., Schildestest. Bielefeld-St. 111.
Lauz, sen. C., Gegenst. Gütersloherstr. 1.
Lohfener, H., Heeperstr. 25, Herd. Men.
Meyer, Gebr., Herford, Bielefeld-St. 38.
Miller, Aug., Schildestest. Bielefeld-St. 38.

Olivier, Altdorfer Kirchstr. 6.
Herde u. Öfen

Sämtliche Werkzeuge
Schnecker, H., Herf. u. Schillerstr.-Ecke
Schwanke, O., Bürgerweg 41, Klemperei
Herde u. Emaille.

Siekman, O., Niederwall 4.
Siekman, W., Brackw., Bielefeld-St. 65.
Stein, W., Herf. u. Kaiserstr.-Ecke
Niedernstr. 23.

Zumbansen, F. H., Herf. Str. 6. Haus-
u. Küchengeräte.

Herren-Artikel

Becher, E. & M., Herford,
Bielefeldstr. 23.

Bracksiek, M., Herford,
Gehrenberg 19.

Braemer Nachf. Herm., Herford,
Central-Bazar Pradel, Jahnplatz II.
Krawatten, Handschuhe, Wäsche.

Drees, Heinr. Aug., Bahnhofstr. 21.
Hüte, Schirme, Stöcke

Jockey-Club, Niederstr. 43
Inn. C. Haarfeld u. u. Kaiserstr. 37
Landhäuser Krawattenfabr.
Niederlage Steinstr. 12.

Georg Meier, Herforderstr. 12.
Krawatten, Wäsche.
Spezialität: Sportartikel.

Nolte, Ida, Obernstr. 51.
Herrenwäsche, Krawatten

Union-Club, Niedernstr. 30.

Korngarderobe

M. Mosberg,
Bielefeld, Jöllenbeckerstr. 5.
Herren-, Knaben- u. Sportbekleidg.

Eigene Fabrik
v. Arbeits-u. Berufskleidg. jeder Art
Ausstattungen, Werkzeuge.
Größtes Spezialhaus
Deutschlands.

Bentrop, C., Niederw. 8, Spez.
Arb.-Garderobe.

Bonnin, M., Gehrenberg 30,
Sämtl. Arb.-Garderobe.

Borowitz, Jos., Brackwede.

Glantz, H., Gehrenberg 17, Badeanst.
Echte blaue Arbeits-Jacken u. Hosen.

Louis Mosberg,
Spezialfabrik für Berufskleidung
„mit der Wasserwaage“
nur Breite-Str. 44.

Hüte, Mützen, Pelzwaren

Backhaus, D., Herford,
Bielefeld.

Bingmann, Rich., Schirme u. Stöcke
Bahnhofstr. 27.

Falken, Karl, Niedernstr. 3.
Gödecke, Wilh., Jahnplatz 1.
Gödecke, H., Brackwede, Kaiserstr. 60.
Haselhorst, H., Schildestest. Bielefeld-St.
Gehrenberg 31.

Hehner, Heinr., berg 1.
Herford, Pelzwaren.

Pracht, A.,
Rode, A., Breitest. 3.

Thomas, M., Brackwede, Osningsstr. 6.
Spez.: Bess. Maßschneid.

Tremel, Aug., Herford,
Hutfabr.

Wortmann, H., Schirme, Stöcke, Kraw.

Kaufhäuser

Merkur,
Brackwede.

Wibbing, Siechenmarsch-Arndtstr.-E.
Haus-u. Küchengeräte.

Wiegmann, H., Kaiserstr. 25.

Kohlen, Holz, Briketts

Altmeier, W., Herford, am Bahnhof.

Kohlenhdlg. Ravenberg, G. m.
Herforderstr. 33, Detmoldstr. 89.
Güterbahnhof Bielefeld-Ost,
Bahnhof Brackwede.

Lindemann, W., Kohlen, Koks, Briketts,
Brenn. Jöllenbeckerstr. 65

Pankoke, C., Kaiserstr. 36.
Wellhöner, W., Jöllenbeckerstr. 8.
Willmann Nachf., an Kramm. zugul.

Kolonialwaren

Grebig, Ernst, Heeperstr. 120.
Henze, Wilh., Heeperstr. 109, Tel. 964.
Horstötter, W., Oststr. 10b.
Huch, W., Bleichstr. 48 a. Samenhdl.
Röckemann, Chr., Herford,
Glas u. Porzellan.

Krankenbedarfs-Artikel

Bade-Institut, Altdorfer Kirchstr.
an Kramm. zugul.

Arn. Festerling,
Tel. 1197 Viktoriastr. 6 Tel. 1197
Lieferant sämtl. Krankenkassen.
Spezialität: Bandagen.

Kurz, Weiß u. Wollwaren

Bernhardt, L., Wäsche u. Unterzeuge,
Bahnhofstr. 39.

Blummann & Co., M., Spez. Verk. Hand-
u. arb. Niedernstr. 19.

Brockhoff, C. Herm., Schmiedestr. 15.

Cordes, Fr., Mühlenstr. 17.

Diekmann, A., Drogen, Gal. nteriew.

Eick, Nachf., Herford.

Frank, Emil, Seidenstoffe, Besatzart.
Niedernstr. 23.

Grohmann, E. F., Enger, Besatzart.
Kaiserstr. 123.

Homann, Herm., Spez.: ganze
Wäscheausg.

Isaacson, Geschw., Herf. Gehrenb. 25
Moormann, Fr., Schildestest. 67.
Nolting, W., Schilde, Wäsche u. Ausst.

Riese, G., Schildestest. Putz-Modew.

Schaeffers, Ant., Herf. Gehrenb. 25
Putz, Modew., Tapissier. Puppen.

Siepe, C., Fil.: Herforderstr. 107.
Wichmann, G., Bürgerweg 47.

Wöllner, A., Gütersloherstr. 39 a.

Manufakturwaren

Breidenbach & Co., Herford,
Ober-
Marktstr. 12.

Wilh. Diekmann,
Herforderstr. 198, Heeperstr. 48
Putz- und Modewaren.

Düpmeyer, H., Brackwede, Herren-
u. Damenkonfektion,
Betten u. Ausstattungsgegenst.

Echternkamp, Aug., Herf., Stifftberg.
Herford.

Edelstein Nachf., Gust., Alt. Markt 13
Damen- u. Herren-Konfektion.

Ganz, H., Inn. E. Ruben, Bündel. W.

Goldberg, Herford, Marktstr. 1.

Grohmann, E. F., Enger, Größtes
Kaufhaus a. Platz.

Hildebrand, W., Herford, Bielefeldstr.

Hollmann, C., Sieker.

Krämer, C., Manufaktur u. Schuhw.
Kronsb. Herm., Enger, Putz.

Letmade, C., Schildestest. Kirchpl. 3.
Herrenkonf. u. Ausst.

Löwenberg, H., Schildestest. Goethestr.
Meise, O., Schildestest. Putz, Modew.

Middelmann, A., Herford,
Rennstr. 16.

Moormann, H., Kurz-, Weiß-, Wollw.
Spez.: Lieferung kompl. Ausstattungen.
Leinen, Wäsche, Ausst.

Obermann, K., Schildestest. 34.
Ordehede, L., Schilde, Bett-, Herf.-Gard.

Priesmeier, K., Herrensch. Stoffe.
Schmiedestr. 3.

H. Klingsiek - Herford,
Möbel-Fabrik
und Ausstattungs-magazin

Niggebrügge, Heinr., Jöllenbeckerstr. 57.
Möbel, Polstermöb., Bett., Särge

Rahing, Ludw., Kreuzstr. 14.

Reinke, H., Polsterer u. Dekor.
Kaiserstr. 22.

Gust. Schnabel,
Betten- u. Matratzenfabr. Polsterw.
Heinrichstr. 21.

Schnelder, M., Viktoriastr. 52.
Sewing, Gust., Bürgerweg 50 a.

Weber & Götter, Ravensbergerstr. 7.
Goldstr. 9. Möbeltischlerei.

Wessel, R., Spez. Kleiderschränke.

Winkelmann, Sieker, Polsterer.

Wostbrock, F., Möbel- u. Sargmag.
Mellerstr. 30.

Zaunert, Gust., Niederwall 7,
größte Auswahl, solide Preise.

B. Kolsch,
Fachschule für Tischler
und für gewerbliches Zeichnen.
Exterstr. Detmold, Ecke Grabstr.

Nahrungsmittel

Bielefeld. Cakes- u. Biscuit-Fabrik
Stratmann & Meyer.

Papier- u. Schreibwaren

Böhnert, Frau Jenny, Kaiserstr. 73.
Brandes, Alb., Herford, Bielefeldstr. 24.
Giebelmann, O., Schilde, Schillerstr. 123.

Hahnwald, O., Rohrteichstr.-Ecke.

Kopp, G., Detmold, Krummstr. 27.
Morich, L., Herf.-Str. 88, Haushaltsges.

Pedersen, C., Herford, Bielefeldstr. 30.
Ripke, B., Buchhandl., Niederwall 8.

Schwertfeger, O., Schildestest. (Pap.).
Brackwede, Kaiserstr. 63